

8. Mit dem Rücken zur Sowjetunion: SPD und Außenpolitik 1924–1927

Neue Perspektiven im Westen

Mit dem abgesagten „deutschen Oktober“ endete die fünfjährige Phase der bolschewistischen Hoffnungen auf eine baldige Revolution in Deutschland. Ein Jahr später verkündete Stalin seine These von der Möglichkeit des „Sozialismus in einem Land“. Die weltrevolutionäre Perspektive verlor an Bedeutung. Sowjetisch inspirierte kommunistische Aufstandsversuche wie 1921 und 1923 wiederholten sich nicht. Der Zwang zur Auseinandersetzung mit Sowjetrußland als einem die deutsche Innenpolitik beeinflussenden Faktor wurde damit auch für die SPD geringer. Allerdings erwuchsen in den Jahren 1924 und 1925 einige deutsch-sowjetische Konflikte gewissermaßen aus „Altlasten“ des gescheiterten „Oktobers“.

Das Jahr 1923 leitete auch eine verstärkte Wendung der deutschen Sozialdemokratie nach Westen ein. Die SPD war in die Regierung der großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann eingetreten, um die deutsche Krise zu bewältigen, und das hieß vor allem: den passiven Widerstand an der Ruhr abzubrechen und die Verständigung mit den Westmächten zu suchen. Auch als Stresemann nicht mehr Reichskanzler und die SPD nicht mehr Regierungspartei war, erwies sie sich als die zuverlässigste parlamentarische Stütze seiner Westpolitik¹.

Seit der Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale im Mai 1923 war die vereinigte SPD nach neun Jahren überdies wieder zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien Großbritanniens und Frankreichs in einer Internationale, was E. H. Carr als einen Faktor ihrer Westorientierung hervorhebt². Die Stimmengewinne der Labour Party in der Wahl vom Dezember 1923 und die im Januar 1924 folgende Bildung einer Labour-Minderheitsregierung unter Ramsey MacDonald³ gaben den sozialdemokratischen Hoffnungen auf Großbritannien weiteren Auftrieb⁴. Mitte Januar nahm eine alliierte Sachverständigenkommission zur Untersuchung des Reparationsproblems die Arbeit auf, wie das die Gewerkschaften im Februar 1923 gefordert hatten⁵.

¹ Zum Verhältnis der SPD zu Stresemans Außenpolitik: SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927. Berlin 1928 [Reprint Berlin usw. 1976] S. 18; Rudolf Breitscheid: Was war uns Stresemann? in: Das Freie Wort, Nr. 2 vom 13. 10. 1929, S. 5–9; Lange, Sozialdemokratischen Außenpolitik, S. 68. Zur „östlichen Komponente“ von Stresemanns Politik, die weder den zeitgenössischen Sozialdemokraten noch Hermann Lange hinreichend bewußt war: Martin Walsdorff: Westorientierung und Ostpolitik-Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära. Bremen 1971.

² Edward Hallet Carr: The Bolshevik Revolution 1917–1923. London 1961, S. 306. Vor Gründung der SAI waren SPD und Labour Party in der Zweiten Internationale, USPD und Parti Socialiste SFIO in der IASP organisiert gewesen.

³ Braunthal, Internationale, S. 324f.

⁴ Matthias, Deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. 61f.

⁵ Siehe S. 171; Gerd Meyer: Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik, S. 285–302, hier: S. 336.

In dieser Situation bekräftigte die SPD ihr Verlangen, Deutschland solle dem Völkerbund beitreten, und Hermann Müller aktualisierte die außenpolitische Konzeption, die er schon in seinem Kommentar zum Görlitzer Programm von 1921 dargelegt hatte. Das wichtigste Instrument der von ihm propagierten „Demokratischen Außenpolitik“⁶ war für Müller ein demokratisierter Völkerbund, ein Völkerparlament mit der Vollmacht, Sanktionen gegen Friedensstörer zu verhängen. Auch solle dieser Völkerbund Organe schaffen, in denen auf der Grundlage von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz „die Wiedergutmachung des Unrechts zu erfolgen hätte, das 1919 verübt wurde“⁷. Der Aufstieg eines neuen Deutschlands sei nur in einem solchen Völkerbund möglich. Als Hauptproblem der Außenpolitik bezeichnete Müller die Verständigung zwischen Frankreich, Deutschland und England und als wichtigste Kraft für seine Lösung die britische Labour-Regierung. Von dieser wurde Deutschland im September 1924 dann auch förmlich aufgefordert, in den Völkerbund einzutreten⁸.

Zur internationalen Entspannung trug die Regierung MacDonald auch durch die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion im Februar 1924 bei. Bald darauf folgten sieben weitere Staaten diesem Schritt. Nach dem Wahlsieg des „Linkskartells“ aus Radikalsozialisten und Sozialisten in Frankreich im Mai 1924, der zur Ablösung der Regierung Poincaré durch den Liberalen Herriot führte, war auch die französische Anerkennung zu erwarten⁹. Da diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion schon seit 1922 bestanden, gab es aus Sicht der SPD hier keine wesentliche außenpolitische Aufgabe mehr zu lösen. So führte Rudolf Hilferding auf dem Berliner Parteitag im Juni 1924 aus:

„Wir deutschen Sozialdemokraten sind mit großer Energie für die bedingungslose Anerkennung der Sowjetregierung eingetreten und für den Abschluß von wirtschaftlichen Verträgen mit Rußland. Wir haben es abgelehnt, irgendwelchen Gläubigerinteressen zu dienen, sei es deutscher, sei es ausländischer Schichten. Aber damit sind unsere Pflichten erfüllt, um so mehr als jetzt, seit der Wendung in Frankreich, die Gefahr einer imperialistischen Unterjochung Rußlands nicht mehr gegeben ist.“¹⁰

Die Zukunft der deutschen Wirtschaft und Politik könne nur „in enger Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien liegen“, betonte Hilferding¹¹, und warnte die Reichsregierung davor, die Verständigungspolitik mit dem Westen durch eine Bindung an die russische Politik zu bremsen¹². Energisch sprach er sich für die Annahme des von der Sowjetunion scharf kritisierten Gutachtens der Sachverständigenkommission aus¹³. Wenngleich die Sozialdemokraten auch die UdSSR als Mitglied im Völkerbund sehen wollten¹⁴, standen sie ihr doch voller Mißtrauen gegenüber. Die sowjetische Außenpo-

⁶ Hermann Müller: Demokratische Außenpolitik, in: DG 1 (1924), Bd. 1, S. 42–46; gekürzt in: Vorwärts Nr. 199 vom 3. 4. 1924.

⁷ Ebenda, S. 42.

⁸ Krüger, Versailles, S. 135, vgl. auch S. 128.

⁹ Heller, Sowjetunion 1914–1939, S. 198.

¹⁰ Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Berlin 1924 [Nachdr. Glashütten 1974] S. 173.

¹¹ Ebenda, S. 196.

¹² Ebenda, S. 172.

¹³ Ebenda, S. 169; Helmut Grieser: Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa 1922–1932. Revision von Versailles und Rapallo-Politik in sowjetischer Sicht. Stuttgart 1970, S. 86.

¹⁴ Prot. SPD-PT 1924, S. 172.

litik erschien ihnen als Fortsetzung des zaristischen Imperialismus. „Die Welt zeigt sich, von den Fenstern des Kreml aus gesehen, politisch immer in gleichem Licht, mag auch Nikolaus II., Lenin oder Trotzki hinaussehen“, stellt Otto Wels auf dem Berliner Parteitag fest.¹⁵

Erstaunlicherweise erhielt der hartgesottene Antikommunist Wels in diesem Punkt sogar eine gewisse Zustimmung von dem ehemaligen KPD-Vorsitzenden und führenden Kopf der neu entstehenden Linksoption in der SPD, Paul Levi. Obwohl er am Wert des Sachverständigengutachtens zweifelte, weil er die deutsche Bourgeoisie für nicht wirklich friedensfähig hielt¹⁶, sah er in der Orientierung auf die Sowjetunion keine außenpolitische Alternative. Das Charakteristikum der russischen Revolution sei das Erwachen von 170 Millionen Bauern zum nationalen Selbstbewußtsein. „Der russische Bauernstaat wird in kurzer Zeit ein imperialistisches Machtgebilde von unerhörter Kraft sein, ob er nun Republik oder Sowjetstaat ist“, sagte Levi¹⁷.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten bei der Einschätzung der außenpolitischen Rolle der Sowjetunion gab es zwischen der linken Opposition und der Parteimehrheit erhebliche Differenzen über den politischen Umgang mit der UdSSR, wie sich kurz zuvor gezeigt hatte.

Der Fall Botzenhardt

Der Berliner Parteitag fand zu einer Zeit statt, in der die deutsch-sowjetischen Beziehungen ihre erste schwere Krise seit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages erlebten. Die Ursache war ein Konflikt um die sowjetische Handelsmission, an dem der sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing maßgeblich beteiligt war¹⁸. Als der württembergische Kommunist Johannes Botzenhardt von zwei Gemeindebeamten¹⁹ zu einem Hochverratsprozeß nach Stargard gebracht werden sollte, gelang ihm bei einem Zwischenaufenthalt in Berlin am 3. Mai gegen 10.15 Uhr die Flucht in die sowjetische Handelsmission, wo er früher gearbeitet hatte. Angestellte der Mission hinderten die Beamten Grüner und Käser an der Verfolgung Botzenhardts, hielten sie einige Zeit in dem Gebäude fest und ließen sie erst nach Feststellung ihrer Namen wieder frei. Gegen Mittag wurde die Handelsmission von der durch Grüner und Käser alarmierten preußischen Polizei umstellt. 75 Beamte begannen mit einer Durchsuchung der Mission. Der davon verständigte sowjetische Botschafter Krestinskij intervenierte sofort bei Außenminister Stresemann. Dieser forderte das preußische Innenministerium auf, die Razzia zu stoppen, erklärte aber gleichzeitig gegenüber Krestinskij, das Gebäude sei nicht exterritorial. Trotz Stresemanns Einspruch wurde die Durchsuchung fortgesetzt²⁰.

¹⁵ Ebenda, S. 71.

¹⁶ Vgl. dazu insbesondere Paul Levi: Sachverständigen-Gutachten und was dann? – Zur innen- und außenpolitischen Orientierung. Berlin 1924.

¹⁷ Prot. SPD-PT 1924, S. 181. Dem Abschnitt über Rußland in seiner etwa gleichzeitig verfaßten programmatischen Schrift „Sachverständigen-Gutachten – und was dann?“ stellte Levi ein Zitat des sowjetischen Außenministers Čičerin als Motto voran: „Unsere Regierung ist nicht die des Zaren, und unsere Methoden sind genau entgegengesetzt, aber das Ergebnis bleibt dasselbe.“ Levi, Sachverständigen-Gutachten, S. 17.

¹⁸ Dazu vor allem die detaillierte Schilderung bei Rosenbaum, Community, S. 87–112.

¹⁹ Sie waren nicht, wie u. a. Rosenbaum, Community, S. 87, schreibt, Kriminalbeamte. Vgl. dazu die Erklärung der württembergischen Kriminalpolizei im Vorwärts Nr. 210 vom 6. 5. 1924.

²⁰ Rosenbaum, Community, S. 87–89.

In einer deutschen Verbalnote wurde das Verhalten der Angestellten der Handelsmission verurteilt und mitgeteilt, daß fünf Angestellte bei der Razzia verhaftet worden waren²¹.

Von sowjetischer Seite wurde der Vorfall als Provokation eingestuft. Die Räume der Handelsmission seien exterritorial und das Eindringen der Polizei unrechtmäßig. Botschafter Krestinskij reiste noch am 3. Mai nach Moskau ab. Die Sowjetregierung brach die seit einem Jahr laufenden Wirtschaftsverhandlungen ab und stornierte alle noch nicht fest abgeschlossenen Aufträge an deutsche Firmen. Sie bezeichnete die Aussagen von Grüner und Käser als unglaubwürdig und Botzenhardt als Polizeispitzel. Diese Deutung übernahm auch die KPD²².

Der *Vorwärts* reagierte zunächst mit heller Empörung auf den Vorfall in der Handelsmission. Das Blatt fragte rhetorisch, was die Sowjetregierung tun würde, wenn sich eine ausländische Handelsmission in Moskau als weißgardistischer Stützpunkt betätigen würde und antwortete, man zweifle nicht daran, „daß die Herren sich nicht der lebenswürdigen Formen bedienen würden, die bei uns zu Lande üblich sind.“²³

Gar nicht so lebenswürdig fand dagegen die *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, die von Paul Levi als Sprachrohr der SPD-Linken herausgegebene Zeitschrift, das Verhalten der Polizei. Sie habe Schreibtische durchsucht, in denen wichtige handelspolitische Dokumente aufbewahrt worden seien, kritisierte die SPW. Mit dem Hinweis, daß der preußische Innenminister Severing am betreffenden Tag nicht in Berlin gewesen sei, sollte dieser offensichtlich aus der Schußlinie der Kritik genommen und das Feuer auf die Polizei konzentriert werden²⁴.

Severing aber billigte, wie in seinem Schriftwechsel mit Außenminister Stresemann deutlich wurde, die Polizeiaktion voll und ganz. Das Vorgehen der Polizei stellte den Außenminister vor unerwartete und weitreichende Probleme. Der sowjetische Außenminister Čičerin interpretierte den Zwischenfall als einen Vorwand für einen beabsichtigten Bruch Deutschlands mit Sowjetrußland. Dazu, so argwöhnte er gegenüber dem deutschen Botschafter Brockdorff-Rantzau, habe sich Deutschland als Gegenleistung für die Annahme des Reparationsgutachtens durch die alliierten Mächte verpflichtet²⁵. Das Vorgehen des Polizeipräsidiums Berlin stelle eine „schwere Schädigung wichtiger außenpolitischer Interessen des Reiches“ dar, schrieb daher Stresemann am 6. Mai an Severing. Er beschwerte sich, daß die Durchsuchung ohne vorherige Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt worden war, und forderte Severing dazu auf, eine Mißbilligung des Handelns der Polizei auszusprechen²⁶. Dazu sehe er gar keine Veran-

²¹ „Polizei in der Sowjet-Handelsdelegation“, *Vorwärts* Nr. 203 vom 4. 5. 1924.

²² Rosenbaum, *Community* S. 90 ff.; Krummacher/Lange, *Krieg und Frieden*, S. 162. Botzenhardt, der am 16. Mai verhaftet worden war, veranlaßte die Art, wie ihn seine Genossen fallenließen, zu einem Selbstmordversuch. Später sagte er sich – vorübergehend – von der KPD los. Vgl. „Die Tragödie eines Kommunisten“, *Vorwärts* Nr. 518 vom 2. 11. 1924; „Die Wahrheit über Rußland“, *Vorwärts* Nr. 580 vom 8. 12. 1927.

²³ „Polizei in der Sowjet-Handelsdelegation“ a. a. O.

²⁴ „Der deutsch-russische Streitfall“, *SPW* Nr. 28 vom 9. 5. 1924.

²⁵ Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Marx I und II, 30. November 1923 bis 3. Juni 1924, 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925, bearb. von Günther Abramowski. 2 Bde. Boppard 1973, Nr. 193 (Ministerbesprechung vom 6. 5. 1924), S. 614.

²⁶ Ebenda, Nr. 194 (Der Reichsminister des Auswärtigen an den Preußischen Minister des Inneren, 6. 5. 1924), S. 617–619.

lassung, ließ Severing den Außenminister in seiner Antwort wissen. Er bedauerte im Gegenteil, daß die Razzia vorzeitig abgebrochen werden mußte. Dem entsprechenden Ersuchen des Außenministers habe er nur unter schwersten Bedenken zugestimmt, weil er überzeugt gewesen sei, daß sich der entflozene Häftling noch in den Räumen der Handelsmission befunden habe und weil der Fund von Restbeständen eines an Angehörige der Reichswehr und der Schutzpolizei gerichteten Flugblattes den Verdacht bestätigt habe, daß die Zersetzungspropaganda der KPD gegen diese Verbände von der Handelsmission ausgehe. Nach der Durchsuchung werde man dort zurückhaltender sein. Wegen außenpolitischer Rücksichten dürfe nicht die Sicherheit von Reich und Staat gefährdet werden²⁷. Aus Severings Schreiben geht ferner hervor, daß das Berliner Polizeipräsidium schon am 23. Oktober 1923, also zu Beginn des Hamburger Aufstandes, die Durchsuchung der sowjetischen Handelsmission für dringend erforderlich erklärt und Severing dieses Anliegen an die Reichsregierung weitergetragen hatte. Das Außenministerium hatte dem jedoch widersprochen. Auch der Reichsinnenminister hatte erklärt, die vorhandenen Verdachtsmomente reichten nicht aus²⁸. Offenkundig hatte die Berliner Polizei die Gelegenheit des Zwischenfalls mit Botzenhardt genutzt, um die gewünschte Durchsuchung doch noch durchzuführen²⁹.

Daß die Polizei bei der Razzia über die Fahndung nach Botzenhardt hinausgegangen war, kritisierte in der folgenden Woche der *Vorwärts* in einem Artikel, der auf beiden Seiten Fehler feststellte. Es scheint, daß dieser Artikel vom Auswärtigen Amt angeregt wurde, um die sowjetischen Befürchtungen über die hinter der Durchsuchung stehenden Absichten zu zerstreuen. Der *Vorwärts* führte aus, der SPD sei an einem guten deutsch-sowjetischen Verhältnis gelegen. Wenn es in Deutschland Mißtrauen gegen die sowjetischen Absichten gebe, so liege dies nicht an der deutschen Sozialdemokratie, sondern an der Sowjetunion. Der Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung müsse eingehalten werden³⁰.

Eduard Bernstein, der sich kurz darauf an gleicher Stelle zu Wort meldete, ging selbst diese mit verhaltenem Grimm und vielen Einschränkungen formulierte Erklärung guten Willens zu weit. Da er keine offizielle oder halboffizielle Stelle einnehme, brauche er nicht die Zurückhaltung zu üben, die den redaktionellen Beitrag des *Vorwärts* gekennzeichnet habe, erklärte er (was die Vermutung, der Beitrag sei offiziell inspiriert worden, verstärkt) und zog heftig gegen die Sowjetregierung vom Leder. Sie führe von Anfang an einen „Vernichtungskrieg gegen die deutsche Republik“. Ihre Forderung nach Exterritorialität ihrer unverhältnismäßig großen Handelsmission sei nicht gerecht-

²⁷ Ebenda, Nr. 195 (Der Preußische Minister des Inneren an den Reichsminister des Auswärtigen, 8. 5. 1924), S. 619–623.

²⁸ Wahrscheinlich der sozialdemokratischen Innenminister Sollmann, möglicherweise aber auch sein Nachfolger (11. November 1923) von der DVP, Jarres.

²⁹ Daß Botzenhardts Fluchtversuch ein „abgekartetes Spiel“ war, wie Günther Rosenfeld „mit Sicherheit“ annimmt, ist damit aber noch nicht gesagt. Rosenfeld erwähnt nicht, daß Botzenhardt Kommunist war. Das Verhalten des Personals der Handelsmission wäre bei einer Provokation nicht vollständig kalkulierbar gewesen. Günther Rosenfeld: Sowjetunion und Deutschland 1922–1933. Köln 1984, S. 96f. Ferner Rosenbaum, Community, S. 142, der für möglich hält, daß Botzenhardt gezielt Fluchtgelegenheit erhielt.

³⁰ „Deutschland und Rußland“, *Vorwärts* Nr. 225 vom 14. 5. 1924.

fertigt. An die deutsche Regierung appellierte Bernstein: „Halte fest an Deutschlands Recht, dann wird Deutschland sein Recht behalten.“³¹

Auch Carl Severing hatte sich in seinem Brief an Außenminister Stresemann gegen den sowjetischen Anspruch auf Exterritorialität der Handelsvertretung gewandt³². Die *Sozialistische Politik und Wirtschaft* hingegen brachte eine Stellungnahme von „Kreisen, die der Botschaft der U. d. S. S. R. nahestehen“, zur Frage der Exterritorialität³³.

Erst nach fast einem Vierteljahr wurde der Konflikt am 29. Juli mit einem Protokoll, das Außenminister Stresemann und der sowjetische Chargé d’Affaires Bratmann-Brodovskij unterzeichneten, endgültig beigelegt. Während die sowjetische Seite zusagte, dem Personal der Handelsmission Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu verbieten, gestand die deutsche Seite die teilweise Exterritorialität der Mission zu und garantierte, daß Durchsuchungen künftig nur noch mit Erlaubnis des deutschen Außenministeriums stattfinden würden³⁴.

Der *Vorwärts* begrüßte diese Regelung. Die deutsche Regierung habe nicht auf Prestige Gesichtspunkte geachtet. Der Standpunkt der preußischen Polizei, die Handelsmission sei nicht exterritorial gewesen, sei durchgedrungen, erklärte der *Vorwärts* etwas spitzfindig. Trotzdem habe die deutsche Seite ihr Bedauern über die Durchsuchung ausgedrückt³⁵.

Weniger zufrieden war Severing. Er protestierte gegen die Exterritorialitätsregelung³⁶, ebenso wie übrigens der Reichswehrminister³⁷. In dem Protokoll vom 29. Juli war von deutscher Seite auch zugesagt worden, der für die Polizeiaktion verantwortliche Regierungsdirektor Weiß werde von seinen früheren Pflichten entbunden werden. Severing hatte widersprochen und hielt sich nicht an die deutsch-sowjetische Übereinkunft. „Ich war [...] nicht gesonnen, das Auswärtige Amt zum Richter über das Verhalten der preußischen Beamten anzuerkennen“, schreibt er in seinen Memoiren. Nach Abschluß der Untersuchungen sei die Dienstsuspendierung von Regierungsdirektor Weiß aufgehoben worden und dieser über die Grundsätze des diplomatischen Verkehrs belehrt worden. „Das war die Strafe, zu der ich mich verstehen konnte, zu schärferen Maßnahmen lag kein Anlaß vor.“³⁸

Völkerbund oder Bündnis mit Sowjetrußland? Völkerbund!

Vom Dawes-Plan zum Sicherheitspakt

Bei ihrem Drängen auf die Annahme des Sachverständigengutachtens, die Verabschiedung der dazugehörigen Ausführungsgesetze und vor allem auf den deutschen Beitritt zum Völkerbund stieß die SPD-Führung auf scharfe Opposition der nationalistischen Rechten und der Kommunisten, aber auch auf Vorbehalte der linken Opposition in der

³¹ Eduard Bernstein: Moskaus Forderungen, in: *Vorwärts* Nr. 231 vom 17. 5. 1924.

³² Wie Anm. 27.

³³ „Zum deutsch-russischen Konflikt“, SPW Nr. 32 vom 20. 5. 1924.

³⁴ AdR Kab. Marx I und II, Nr. 248, S. 874; Rosenbaum, Community, S. 110.

³⁵ „Deutsch-russisches Kompromiß“, *Vorwärts* Nr. 354 vom 30. 7. 1924.

³⁶ Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland, S. 109.

³⁷ AdR Kab. Marx I und II, S. 874, Fußnote 32.

³⁸ Carl Severing: *Mein Lebensweg*, 2 Bde. Köln 1950, Bd. 2, S. 17f.

eigenen Partei. Sie dachte auch in der Außenpolitik in geradezu schematisch strengen marxistischen Kategorien³⁹. Da sie Kriege als Folge der unausweichlichen Gegensätze zwischen verschiedenen nationalen herrschenden Klassen betrachtete, war für sie die Zusammenarbeit bürgerlicher Staaten kein zuverlässiges Mittel der Friedenspolitik. Ihr führender Kopf, Paul Levi, stufte den Völkerbund als Garanten der angelsächsischen Weltstellung ein, räumte jedoch ein, man könne dieses Gremium nicht ignorieren. Levi betonte dabei besonders die in der SPD allgemein verbreitete Ansicht, die Sozialistische Internationale müsse als Ergänzung und gegebenenfalls als Korrektiv zum Völkerbund wirken⁴⁰.

Mit diesen dogmatisch verengten Klassenkategorien war jedoch kein alternatives außenpolitisches Konzept zu entwickeln. Die Stellungnahmen der Linken in der SPD zur Verständigungspolitik mit dem Westen beschränkten sich auf den Kommentar, daß diese vom deutschen Bürgertum nur notgedrungen betrieben und, sobald die Möglichkeit dazu bestehe, erneut durch eine offen imperialistische Linie ersetzt werden würde, ferner auf den besonders entschiedenen Kampf gegen die Abwälzung der Reparationslasten auf die Arbeiterschaft und auf das stete Mißtrauen gegen mögliche antisowjetische Tendenzen in den Übereinkünften mit den Westmächten. Die Linke zeigte sich somit in manchen Punkten – insbesondere, was die Aspirationen des deutschen Bürgertums betraf – stark in der Kritik, aber schwach in der Politik. Da sie im Grunde an Wilhelm Liebknechts Maxime von 1882 „Die beste Außenpolitik ist gar keine“ festhielt⁴¹, war ihr Einfluß auf den außenpolitischen Kurs der Gesamtpartei kaum von Gewicht.

Diese Konzeption erforderte es vor allem, auf weitere Fortschritte der in Gang gekommenen Verständigung mit den Westmächten zu drängen, sie parlamentarisch mitzutragen und gegen störende Einflüsse abzusichern. So forderte am 24. Juni der Parteivorstand die baldige Verabschiedung der Ausführungsgesetze zum Sachverständigen-Gutachten. Er drohte der Regierung Marx an, andernfalls ein entsprechendes Volksbegehren einzuleiten und die Auflösung des Reichstages anzustreben⁴². Entschieden trat die SPD der Kritik der KPD und der Sowjetunion am Dawes-Plan entgegen, die in ihm die „Ausplünderung Deutschlands durch die Entente“ sah. „Die Verständigung Europas wäre für den Kreml der schwerste Schlag [...] Rußland will keinen europäischen Frieden, da es vom Streit lebt“, schrieb der *Vorwärts*⁴³. Die SPD wies dabei vor allem auf die Übereinstimmung von Kommunisten und Rechtsradikalen hin,

³⁹ Hans-Ulrich Ludewig: Die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“. Ein Beitrag zur Linksopposition in der SPD 1923–1928, in: *IWK* 17 (1981), S. 14–41, hier: S. 35f.

⁴⁰ Levi, Sachverständigen-Gutachten, S. 37–39; vgl. z. B. auch F. Petrich: Friedlicher Imperialismus? in: *SPW* Nr. 59 vom 24. 9. 1924.

⁴¹ Zit. nach Reimund Klinkhammer: Die Außenpolitik der SPD in der Zeit der Weimarer Republik (Diss.), Freiburg 1955.

⁴² Ernst Wolowicz: Linksopposition in der SPD von der Vereinigung mit der USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAPD 1931. (Diss.) München 1983, S. 290. Vgl. auch Eduard Bernsteins Plädoyer für den Dawes-Plan „Arbeiter- und Erfüllungspolitik“, *Vorwärts* Nr. 274 vom 13. 6. 1924.

⁴³ „Nationalbolschewistische Phantasien. Schlimmer als die Deutschnationalen“, *Vorwärts* Nr. 274 vom 13. 6. 1924; siehe auch Artur Crispian: Kommunistisches Doppelspiel, in: *Vorwärts* Nr. 404 vom 28. 8. 1924.

die statt der Verständigung mit dem Westen auf ein Bündnis mit der Sowjetunion setzten⁴⁴.

Im Juli/August 1924 wurde auf einer Konferenz in London das Dawes-Abkommen von den Alliierten und von der deutschen Regierung akzeptiert. An der Regelung über den teilweisen vorzeitigen Truppenabzug aus den besetzten Gebieten hatte der außenpolitische Sprecher der SPD, Rudolf Breitscheid, durch seine Kontakte zum neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot und zu Parlamentariern der regierungstragenden linken Mehrheit entscheidend mitgewirkt⁴⁵. Konsequenterweise half die SPD dann auch den Ausführungsgesetzen zu dem Reparationsabkommen über die parlamentarischen Hürden, wenngleich das wegen ihres zunehmend gespannten Verhältnisses zum Minderheitskabinett Marx nicht ganz ohne Reibungen abließ⁴⁶.

Den Dawes-Plan nannte der SPD-Vorstand nach der Verabschiedung der Ausführungsgesetze einen „Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas“. Scharf kritisierte er nochmals die Ablehnung der Kommunisten: „Sie haben den Vertrag bekämpft und im Bund mit den Hakenkreuzlern die wahnsinnige Idee des russisch-deutschen Revanchekrieges gegen den Westen gepredigt“⁴⁷. Die *Pravda* attestierte der SPD im Gegenzug eine „fetischistische Verehrung für Herriot und Dawes“⁴⁸. Doch das war erst der Auftakt der außenpolitischen Konfrontation zwischen der SPD und der Sowjetunion.

Nachdem der Dawes-Plan unter Dach und Fach war, schien die Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund entscheidungsreif. Schon im Juli hatte Hermann Müller darauf hingewiesen, daß nach dem Regierungswechsel nun auch Frankreich für die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund sei. Bei dem neben der Reparationsfrage zweiten entscheidenden Problem der Verständigungspolitik, den Garantien für die französische Sicherheit, würden mit Gewißheit Völkerbundsinstanzen eingeschaltet sein. All das spreche für einen schleunigen Eintritt Deutschlands, und zwar unabhängig davon, ob auch Rußland beitrete⁴⁹.

Die sowjetische Außenpolitik war trotz der diplomatischen „Anerkennungswelle“ des Jahres 1924 noch auf die Fortsetzung der Rapallo-Politik eingestellt. Sie fürchtete den Verlust ihres deutschen Partners durch dessen zunehmende Westorientierung und mehr noch: seine Einbindung in ein antisowjetisches Kriegsbündnis. Der Angelpunkt dieser Ängste war der Artikel 16 der Völkerbundssatzung, der gemeinsame Sanktionen gegen Friedensstörer vorsah⁵⁰.

Die SPD nahm auf diese Befürchtungen keine Rücksicht. Sie wollte, daß die deutsche Regierung der englischen Aufforderung zum Völkerbundsbeitritt vom 4. September 1924⁵¹ Folge leiste. Im Vorfeld der Sitzung des Völkerbundsplenums im September, zu

⁴⁴ SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Die Arbeit der Sozialdemokratie im Reichstag vom Mai bis August 1924. Berlin o. J. [1924], S. 21.

⁴⁵ Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Berlin usw. 1985, S. 190 f.

⁴⁶ Ebenda, S. 189–193; Wolowicz, Linksopposition, S. 290–295.

⁴⁷ „An die Partei“, Vorwärts Nr. 414 vom 3. 9. 1924.

⁴⁸ Grieser, Sowjetpresse, S. 100.

⁴⁹ Hermann Müller: Hinein in den Völkerbund, in: Vorwärts Nr. 316 vom 8. 7. 1924.

⁵⁰ Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland, S. 123 und S. 131.

⁵¹ Krüger, Versailles, S. 135.

dem eine Stellungnahme der Regierung zur Beitrittsfrage zu erwarten war, warnte daher der *Vorwärts* davor, mit diesem Schritt zu warten, bis auch die Sowjetunion dazu bereit sei, wie das eine starke Strömung im Auswärtigen Amt wünsche. Das sowjetische Interesse sei, ganz in der Tradition des Zarismus, die Gegensätze in der internationalen Politik geschickt auszunützen, um die Grenzen des ehemaligen russischen Reiches wiederherzustellen, mit dem amerikanischen und britischen Imperialismus in Asien in Konkurrenz zu treten und das westliche Kapital in den Dienst des sowjetischen Wirtschaftsaufbaus zu stellen. „Diese ganze Politik ist im Grunde die eines Wegelagerers an der Peripherie der europäischen Politik, der mit den Mitteln des Bluffs und der Erpressung fortgesetzt Elemente der Unruhe und der Zerstörung in die internationale Politik hineinträgt.“ Es sei daher klar, daß die Sowjetunion kein Interesse daran habe, dem Völkerbund beizutreten⁵².

Obwohl die Reichsregierung am 23. September 1924 entgegen den Wünschen der SPD nur den „alsbaldigen Eintritt“ Deutschlands in den Völkerbund ankündigte, ohne aber den entsprechenden Antrag zu stellen, bekundete diese, man könne sich auf den „ernsten Willen“ der Regierung verlassen⁵³. Umgekehrt hatte offenbar auch Außenminister Stresemann großes Vertrauen zu den Sozialdemokraten. Jedenfalls informierte er im Februar 1925 Breitscheid und Hilferding noch vor seinen deutschnationalen Kabinettskollegen von seiner Absicht, der französischen Regierung den Vorschlag einer gegenseitigen Garantie der Grenzen zu unterbreiten⁵⁴. Dieses Angebot entsprach vollkommen den außenpolitischen Auffassungen der SPD. Als es öffentlich bekannt wurde, nannte es der *Vorwärts* „das Vernünftigste, was die Regierung Luther bisher auf außenpolitischem Gebiet getan hat“⁵⁵ – und sie unterstützte die Stresemannsche Initiative von Anfang an. Hilferding, der Gastdelegierter beim Parteitag der französischen Sozialisten in Grenoble (8. bis 12. Februar) war, konnte dort – möglicherweise schon vor der Übermittlung der deutschen Note an Frankreich am 8. Februar – den Parteivorsitzenden Léon Blum zur Unterstützung des deutschen Sicherheitsvorschlages bewegen⁵⁶.

Der Kindermann-Wolscht-Zwischenfall

Neben dem Mißtrauen der Sowjetunion gegen Stresemanns Außenpolitik belastete ein neuerlicher Konflikt die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1924/25 schwer. Abermals zeigten sich die deutschen Sozialdemokraten hierbei als „Falken“ im Verhältnis zur Sowjetunion.

Mitte September 1923 hatte Trotzki im Zuge der Vorbereitungen auf den „deutschen Oktober“ einen Stab politischer Berater und militärischer Fachleute unter der Führung des Generals Peter Alexander Skoblewski nach Deutschland entsandt⁵⁷. Ebendieser

⁵² „Rußland und der Völkerbund“, *Vorwärts* Nr. 443 vom 19. 9. 1924. Kurz zuvor hatte die Sowjetunion zur Empörung der internationalen Sozialdemokratie eine Vermittlung des Völkerbundes im dann blutig niedergeschlagenen georgischen Aufstand abgelehnt; vgl. „Rußland will keine Vermittlung“ und „Sowjetrussische Methoden. Nach kapitalistisch-imperialistischem Vorbild“, *Vorwärts* Nr. 436 vom 16. und Nr. 440 vom 18. 9. 1924. Siehe dazu Kapitel 9.

⁵³ „Beschlossen und vertagt“, *Vorwärts* Nr. 450 vom 24. 9. 1924.

⁵⁴ Klaus E. Rieseberg: Die SPD in der „Locarnokrise“, in: *VfZ* 30 (1982), S. 130–161, hier: S. 135.

⁵⁵ „Ein deutsches Sicherheitsangebot“, *Vorwärts* Nr. 107 vom 4. 3. 1925.

⁵⁶ Rieseberg, „Locarnokrise“, S. 134 f.

⁵⁷ Braunthal, *Internationale*, S. 301; Krummacher/Lange, *Krieg und Frieden*, S. 151.

Skoblewski stand im Frühjahr 1925 im Zentrum eines aufsehenerregenden Gerichtsverfahrens, des Leipziger Tscheka-Prozesses. Im Zusammenhang mit der Ermordung eines als Polizeispitzel verdächtigten Kommunisten, des Friseurs Johann Rausch, war Ende April 1924 neben Felix Neumann, einem politischen Sekretär der KPD-Reichszentrale sowie einigen weiteren Verdächtigen ein Russe verhaftet worden. Neumann, der zum Kronzeugen des Verfahrens wurde, sagte aus, er kenne diesen unter dem Namen Hellmuth Gorew. Gorew habe von der russischen Botschaft aus den Aufbau einer „deutschen Tscheka“ geleitet. Daß eine Verschwörung von erheblicher krimineller Energie aufgedeckt worden war, zeigt die Tatsache, daß bei den Verhaftungen neben Waffen, Sprengstoff und Kulturen mit Ruhr-, Typhus- und Cholerabakterien auch Pläne für die Ermordung Generals von Seeckt, des württembergischen Ministers Bolz und der Großindustriellen Borsig und Stinnes gefunden worden waren⁵⁸. Diese Pläne, die politische Dimension und die von Neumann bezeugte Beteiligung der sowjetischen Botschaft sowie der geheimnisvolle Russe Gorew, der bestritt, Skoblewski zu sein, gaben dem Prozeß sein sensationelles Gepräge. Die Verhandlung endete nach über zwei Monaten Dauer Ende April 1925 mit Todesurteilen gegen Neumann, Skoblewski-Gorew und einen weiteren Angeklagten sowie Freiheitsstrafen für elf Beschuldigte⁵⁹. Der *Vorwärts* stufte das Urteil als übertrieben hart ein. Er übte aber zugleich heftige Kritik an der Sowjetunion und der KPD und ließ die Gelegenheit zu einem Seitenhieb gegen die Rußlandpolitik der Regierung nicht aus: „Für die deutsche Regierung entsteht nun die ernste Frage, ob sie nicht in Zukunft dafür Sorge tragen will, daß eine ihr befreundete Regierung nicht auf deutschem Boden Mordorganisationen unterhält und den bewaffneten Umsturz mit eigens entsandten militärischen Fachmännern vorbereitet.“⁶⁰

Der „Tscheka-Prozeß“ hatte ein eigenartiges Gegenstück. Am 25. Juni 1925 wurde in Moskau das Verfahren gegen die drei deutschen Studenten Karl Kindermann, Theodor Wolscht und Max von Ditmar eröffnet. Ihnen wurde Spionage und die Vorbereitung von Attentaten auf Stalin und Trotzki vorgeworfen. Dabei seien sie in Verbindung mit der rechtsradikalen deutschen Fememördergruppe „Organisation Consul“ und der Abteilung I a des Berliner Polizeipräsidiums gestanden, die für die Durchsuchung der sowjetischen Handelsmission in Berlin verantwortlich gewesen war⁶¹.

Die drei Studenten waren im Oktober 1924 in die Sowjetunion gereist. Sie hatten sich vom *Berliner Tageblatt* Aufträge für Reportagen geben lassen und allerhand andere Pläne, zum Teil wohl recht abenteuerliche, verfolgt. So berichtet Theodor Liebknecht, die drei hätten ihn kurz vor ihrer Abreise aufgesucht und gefragt, ob er ihnen nicht irgendwelche geheimen Aufträge für die Russen mitzugeben habe – ein Anerbieten, das er dankend ablehnte⁶². Der deutsche Botschaftsrat Hilger, dem sie bei der Reise von

⁵⁸ „Eine linksradikale Mörderzentrale“, *Vorwärts* Nr. 197 vom 26. 4. 1924; Krummacher/Lange, Krieg und Frieden S. 169; Lamar Cecil: The Kindermann Wolscht Incident. An Impasse in Russo-German Relations 1924–1926, in: *Journal of Central European Affairs* 21 (1961/62), S. 188–199, S. 193f.

⁵⁹ „Todesurteile im Tschekaprozeß“, *Vorwärts* Nr. 189 vom 22. 4. 1925.

⁶⁰ „Die Todesurteile von Leipzig“, *Vorwärts* Nr. 190 vom 23. 4. 1925.

⁶¹ Cecil, Kindermann Wolscht, S. 192; „Der Deutschenprozeß in Moskau“, *Vorwärts* Nr. 298 vom 26. 6. 1925; „Der Kindermann-Skandal“, ebenda, Nr. 302 vom 29. 6. 1925.

⁶² Theodor Liebknecht: Wahrheit, Freiheit, Frieden, Brot. Aphoristische Memoiren. Typoskript im IISG, Amsterdam, Nl. Liebknecht, Mappe 10, S. 148. Liebknechts Angabe, der Besuch habe nach dem Urteil im „Tscheka-Prozeß“ stattgefunden, kann nicht zutreffen.

Berlin in die Sowjetunion begegneten, hatte ihnen von ihren teils recht romantischen Vorhaben abgeraten⁶³. Schon Ende Oktober wurden sie verhaftet. Die genaue Anklage wurde allerdings erst nach den Todesurteilen im „Tscheka-Prozeß“ ausgearbeitet.

Die Widersprüchlichkeit und Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe war offensichtlich. So wurde etwa Kindermann, der Jude war, die Mitgliedschaft in der antisemitischen „Organisation Consul“ angedichtet⁶⁴. Warum auch dem deutschen Botschaftsrat Hilger eine Rolle als Instrukteur der angeblichen „Attentäter“ zugebracht wurde, ist unklar. Möglicherweise sollte der deutschen Regierung signalisiert werden, daß der Sowjetregierung viel an einem Austausch Skoblewskis lag, denn daß der Prozeß den einzigen Zweck hatte, Austauschobjekte zu schaffen, war eindeutig. Weil deshalb auch adäquate Strafen verhängt werden mußten, gab das Gericht den Anträgen des Anklägers Krylenko statt und verurteilte Kindermann, Wolscht und von Ditmar zum Tode⁶⁵.

Die Empörung über dieses Manöver und eine Prozeßführung, die mit rechtsstaatlichen Maßstäben nichts zu tun hatte, war in der deutschen Presse ziemlich einhellig⁶⁶. Für den *Vorwärts* war das zugleich Anlaß für eine Generalabrechnung mit der deutschen Rußlandpolitik. Der Reichsregierung warf er vor, sie habe „ihre Landsleute schmäählich im Stich gelassen“⁶⁷. Dem Auswärtigen Amt und der Botschaft in Moskau attestierte er „verhängnisvolle Schwäche“ und „Mangel an Festigkeit und Würde“. Schon angesichts der Enthüllungen im „Tscheka-Prozeß“ hätte eine Regierung mit Selbstachtung die sofortige Abberufung des sowjetischen Botschafters verlangt⁶⁸. Doch die „östliche Richtung“ im Auswärtigen Amt wolle selbst um den Preis deutscher Interessen und deutscher Menschenleben jede deutsch-russische Verstimmung vermeiden. Das zeige sich nicht nur in der Skoblewski-Kindermann-Affäre, sondern auch in der Frage des Sicherheitspaktes und des Beitritts zum Völkerbund⁶⁹. Die Befürchtungen des *Vorwärts* waren nicht ganz unberechtigt. Immerhin war der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau ein so entschiedener Gegner des Sicherheitspaktes, daß er nach Abschluß der Locarno-Verträge nur mit Mühe vom Rücktritt abgehalten werden konnte, und ähnliche Einstellungen gab es auch im Auswärtigen Amt⁷⁰.

Der *Leipziger Volkszeitung*, einem Sprachrohr des linken SPD-Flügels, war die Kampagne des *Vorwärts* für eine harte Haltung gegenüber der Sowjetunion nicht ganz geheuer. „Der ‚Vorwärts‘ nun schlug gewaltigen Lärm, prügelte die Passivität der Reichsregierung und forderte weiß Gott alle möglichen Staatssanktionen“, beschrieb das Leipziger SPD-Blatt deutlich distanziert die Haltung des Zentralorgans. Die Linie, die die LVZ stattdessen empfahl, zeigt deutlich, wie ausschließlich sich die SPD-Linke in außenpolitischen Fragen vom Mißtrauen gegen den innenpolitischen Gegner leiten

⁶³ Hilger, *Wir und der Kreml*, S. 140–147.

⁶⁴ Ebenda; Cecil, *Kindermann Wolscht*, S. 191 und 194.

⁶⁵ Cecil, *Kindermann Wolscht*, S. 195.

⁶⁶ Wolfgang Müller: *Deutsch-sowjetische Beziehungen 1924–1934 im Spiegel der deutschen Presse* (Diss.), Saarbrücken 1982, S. 120 und S. 127f.

⁶⁷ „Der Kindermann-Skandal“

⁶⁸ „Moskauer Echo“, *Vorwärts* Nr. 312 vom 4. 7. 1925.

⁶⁹ „Der Kindermann-Skandal“; mit gleicher Tendenz: „Rußland und wir. Ein paar notwendige Feststellungen“, *Vorwärts* Nr. 304 vom 30. 6. 1925.

⁷⁰ Krüger, *Versailles*, S. 145.

ließ und wie unpolitisch daher ihre Haltung in diesem Politikbereich im Grunde war. Ob man denn wirklich von einer Regierung, die sich im eigenen Lande der krassesten Klassenjustiz gegenüber ohnmächtig erkläre, verlangen könne, sie solle außerhalb ihrer Grenzen nach dem Rechten sehen, fragte die LVZ. Die Reaktion, die jetzt Zeter und Mordio rufe, vergesse, daß sie die Lehrmeisterin der Moskauer Gerichtsherrn gewesen sei. Nur die Arbeiterklasse sei daher zu Protesten legitimiert. „Das Moskauer Urteil ist ein Schandurteil. Aber auch hier gilt für uns der Grundsatz sozialdemokratischer Taktik: ‚Der Feind steht im eigenen Land!‘“⁷¹

Daß sich zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Gefangenenaustausch anbahnte, zeigte sich bereits Anfang November, als sowohl die in Moskau als auch die in Leipzig verhängten Todesurteile auf dem Gnadenweg in Freiheitsstrafen umgewandelt wurden⁷². Bis zum tatsächlichen Austausch dauerte es dann allerdings fast noch ein Jahr, währenddessen von Ditmar im Lubjanka-Gefängnis starb⁷³.

Westorientierung und Ostpolitik: Von Locarno zum Berliner Vertrag

Die deutsche Initiative für einen Sicherheitspakt mit Frankreich verstärkte die Einkreisungs- und Isolierungsängste der Sowjetunion. Sie währte ein antisowjetisches Bündnis im Entstehen, und entsprechend agitierte auch die KPD. Doch auch beim linken Flügel der Sozialdemokratie wurden solche Befürchtungen laut⁷⁴. In der SAI äußerte vor allem die Labour Party derartige Besorgnisse. Sie war zudem besorgt, der Abschluß von zweiseitigen Garantieverträgen würde das von Ramsey MacDonald initiierte „Genfer Protokoll“ entwerten, das ein System kollektiver Sicherheit mit obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit vorsah. Von der konservativen Regierung, die seit Oktober 1924 in Großbritannien amtierte, war das Protokoll im Völkerbund abgelehnt worden⁷⁵.

Mitte Juni hatte sich Frankreich grundsätzlich mit dem deutschen Garantievorschlag einverstanden erklärt, jedoch Deutschlands Beitritt zum Völkerbund zur Voraussetzung gemacht. In der deutschen Antwortnote wurde das Problem des Artikels 16 der Völkerbundssatzung aufgeworfen, der dem Auswärtigen Amt aus Rücksicht auf die Sowjetunion unannehmbar schien⁷⁶. Die *Izvestija* sahen darin eine deutliche Bekundung des deutschen Willens, sich nicht durch die Sanktionsklausel in einen Krieg mit der Sowjetunion verwickeln zu lassen und eine Fortsetzung der Rapallo-Politik. Die SPD-Führung lehnte eine solche Rücksichtnahme ab. Den ständigen Hinweis auf eine angebliche „Einheitsfront gegen Rußland“ stufte sie als „pathologisch“ ein. Die wahren Motive der Sowjetunion sah sie in dem Versuch, die europäischen Mächte zu ihren Gunsten gegeneinander auszuspielen⁷⁷. Schon im März hatte Rudolf Breitscheid in aller Deutlichkeit erklärt, die Rücksicht auf die „mehr oder weniger platonische Freund-

⁷¹ „Der Moskauer Prozeß“, LVZ Nr. 154 vom 6. 7. 1925.

⁷² „Kindermann und Wolscht begnadigt“, Vorwärts Nr. 524 vom 5. 11. 1925.

⁷³ Cecil, Kindermann Wolscht S. 197 f.; Harvey Leonhard Dyck: Weimar Germany and Soviet Russia 1926–1933. A Study in Diplomatic Instability. London 1966, S. 47.

⁷⁴ Auch der sozialdemokratische Berufsdiplomate Adolf Köster, der zur Zeit der Vertragsverhandlungen Dienst als Botschafter in Riga tat, hatte Bedenken wegen einer gegen Rußland gerichteten Spitze des Sicherheitspakts; Rieseberg, „Locarnokrise“, S. 139 und S. 157.

⁷⁵ Graml, Europa, S. 229–232.

⁷⁶ Ebenda, S. 204 und S. 207 f.

⁷⁷ „Russische Sirenenklänge“, Vorwärts Nr. 365 vom 5. 8. 1925.

schaft“ Rußlands sei für Deutschland weniger nützlich als die Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten⁷⁸.

Die Befürchtungen der Sozialdemokraten vor einer zu engen Kopplung der deutschen Außenpolitik an die Sowjetunion waren aber nur teilweise berechtigt. Außenminister Stresemann hatte zwar der sowjetischen Seite zugesichert, Deutschland werde sich bei einem Beitritt zum Völkerbund nicht an den Sanktionsartikel gebunden fühlen und dies auch gegenüber den Westmächten bekunden⁷⁹, doch stellten interne Richtlinien des Auswärtigen Amtes für die weiteren Verhandlungen mit Rußland im Sommer 1925 fest, auch wenn die Alliierten die deutschen Bedenken gegen den Artikel 16 nicht formell anerkannten, sei kein Schade für die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu befürchten⁸⁰.

Der geplante Sicherheitspakt war auch ein Beratungsgegenstand auf dem zweiten Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Ende August in Marseille. Charles Buxton, der dort die obengenannten Bedenken der Labour Party vortrug⁸¹, sah sich einer deutsch-französischen Einheitsfront gegenüber. Rudolf Hilferding verteidigte den geplanten Garantievertrag als ersten Schritt zu umfassenderen Sicherheitssystemen und widersprach dem Verdacht, das Abkommen habe eine gegen Rußland gerichtete Komponente⁸². Der französische Parteivorsitzende Léon Blum, den Hilferding und Breitscheid ja schon im Februar beim Parteitag von Grenoble überzeugt hatten, erläuterte, die deutsche und die französische Partei seien sich in dieser Frage „im wesentlichen einig“⁸³. Da sie die Hauptbetroffenen in dieser Sache waren, konnte die Labour Party schwerlich die Zustimmung verweigern. Sie akzeptierte schließlich den Sicherheitspakt, nicht ohne trotzdem den Vorrang des Genfer Protokolls zu betonen⁸⁴.

Das Einverständnis der SAI erleichterte es der Parteimehrheit auf dem Heidelberger Parteitag (13. bis 18. September 1925), die Bedenken des linken Flügels über einen möglichen antisowjetischen Akzent des Sicherheitspaktes zurückzudrängen. Dieser dürfe nicht dazu mißbraucht werden, „einen Ring um Rußland zu bilden“, erklärte etwa Tony Sender, die für Dresden delegiert war⁸⁵. Der Frankfurter Delegierte Loeb behauptete, solche Einkreisungsideen gebe es auch in der SPD, ohne allerdings seinen Vorwurf zu konkretisieren. Er setzte sich außerdem für den Antrag seines Parteibezirks ein, ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion abzuschließen⁸⁶.

Breitscheid trat dagegen für das Sicherheitsabkommen ein, auch wenn es von der ungeliebten Regierung Luther abgeschlossen werde. Die Beseitigung der im Westen liegenden Gefahren sei jetzt vorrangig. Loeb sei den Beweis für seine Behauptung, der Sicherheitspakt habe eine versteckte Spitze gegen Sowjetrußland, schuldig geblieben.

⁷⁸ Rudolf Breitscheid: Sicherheitspakt im Völkerbund, in: Vorwärts Nr. 130 vom 18. 3. 1925.

⁷⁹ Graml, Europa, S. 207.

⁸⁰ Hans W. Gatzke: Von Rapallo nach Berlin, in: VfZ 4 (1956), S. 1–29, hier: S. 11.

⁸¹ Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Marseille, 22.–27. August 1925. Bericht des Sekretariats und Verhandlungsprotokoll. Berlin o.J., S. 257 f. [Kongreßprotokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Nachdr. Glashütten 1974, Bd. 2].

⁸² Ebenda, S. 265.

⁸³ Ebenda, S. 272.

⁸⁴ Ebenda, S. 317–319.

⁸⁵ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz. Berlin 1925. [Nachdr. Glashütten usw. 1974], S. 244 f.

⁸⁶ Ebenda, S. 247.

Eine Orientierung nach Osten wäre für die deutsche Stellung dem Westen gegenüber „zumindest keine Erleichterung“. Deutschland würde dadurch zudem in die imperialistische Asienpolitik der Sowjetunion verstrickt. Ungeachtet dieser Einwände gelte aber für die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor die Losung „Hände weg von Sowjetrußland“. Den Vorschlag eines neuen Handelsabkommens mit Rußland lehnte Breitscheid mit dem Hinweis auf das bestehende Abkommen ab⁸⁷. Schließlich wurde trotz der vorgetragenen Einwände die von Hermann Müller eingebrachte Resolution einstimmig verabschiedet, die Deutschlands Beitritt zum Völkerbund forderte, um ihm die gleichberechtigte und direkte Mitwirkung bei der Lösung der Sicherheitsfrage zu ermöglichen. Vom Artikel 16 war darin nicht die Rede⁸⁸.

Es war den Mehrheitsvertretern in Heidelberg gelungen, die Bedenken des linken Flügels zurückzudrängen, nicht aber sein Mißtrauen gegen den Vertrag mit den Westmächten zu zerstreuen. Eine Verständigungspolitik, die von einer Bürgerblocksregierung mit Einschluß der DNVP betrieben wurde, konnte seiner Meinung nach nicht aufrichtig sein. Auch wenn sie aktuell nicht nachweisbar war, vermutete man, daß auf lange Sicht die antisowjetische Stoßrichtung dieser Politik zutage treten werde⁸⁹. Wenn in Heidelberg dennoch Einstimmigkeit zustande kam, so lag dies wohl vor allem daran, daß die Linke keine Alternative zu der von der Mehrheit vertretenen Politik aufzuweisen hatte. Paul Levis außenpolitische Devise „Fernbleiben von den Händeln der großen Weltstaaten“⁹⁰ konnte wohl kaum als eine solche gelten.

Kurz nach dem Parteitag trat der sowjetische Außenminister Čičerin eine Reise nach Deutschland an, die vom *Vorwärts* mit Argwohn beobachtet wurde. Den Zwischenaufenthalt des Ministers in Warschau wertete das SPD-Zentralorgan als taktisches Manöver im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über den Sicherheitspakt in Locarno. Dadurch solle eine mögliche – für Deutschland natürlich unerwünschte – polnisch-sowjetische Annäherung signalisiert werden⁹¹. Der *Vorwärts* wurde während der Reise Čičerins nicht müde zu versichern, daß für sowjetische Einkreisungssängste kein Anlaß bestehe⁹².

Tatsächlich unternahm der sowjetische Außenminister einen letzten Versuch, seinen deutschen Amtskollegen von den Vereinbarungen mit den Westmächten abzubringen. Er erreichte dieses Ziel jedoch auch mit der Erneuerung eines bereits zur Jahreswende 1924/25 unterbreiteten Angebots einer deutsch-sowjetischen Allianz zur „Zurückdrängung Polens auf seine ethnographischen Grenzen“ nicht⁹³. Natürlich blieb dieses Ange-

⁸⁷ Ebenda, S. 248–250.

⁸⁸ Text der Resolution ebenda, S. 316, Abstimmung S. 258.

⁸⁹ Vgl. „Stellung der Leipziger Partei-Genossen zum Heidelberger Parteitag“, LVZ Nr. 222 vom 23. 9.1925; „Bahn frei!“, LVZ Nr. 228 vom 30. 9. 1925; „Von Genua bis Locarno“, LVZ Nr. 232 vom 5. 10.1925; Paul Levi: Westlich oder östlich? in: SPW Nr. 40 vom 8. 10. 1925, auch in LVZ Nr. 237 vom 10. 10. 1925.

⁹⁰ Paul Levi: Zur außenpolitischen Lage, in: SPW Nr. 30 vom 30. 7. 1925.

⁹¹ „Tschitscherins [sic!] in Warschau“, *Vorwärts* Nr. 459 vom 29. 9. 1925.

⁹² Ebenda.; „Ein beschämendes Dokument. Englische Gewerkschafter als Handlanger russischer Außenpolitik“, ebenda, Nr. 460 vom 29. 9. 1925; „Tschitscherin in Berlin“, ebenda, Nr. 461 vom 30. 9. 1925

⁹³ Karl Dietrich Erdmann: Das Problem der Ost- und Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns, in: GWU 6 (1955) S. 133–162, hier: S. 153 ff.; Walsdorff, Westorientierung, S. 63, S. 67–70 und S. 76.

bot geheim. Dagegen wurde als Ergebnis des Besuchs die Paraphierung eines deutsch-sowjetischen Handelsvertrages bekanntgegeben.

Die sozialdemokratischen Reaktionen auf dieses überraschende Abkommen waren gespalten. Der *Vorwärts* kommentierte es ähnlich wie seinerzeit die SPD-Mehrheit den Rapallo-Vertrag. Der Handelsvertrag an sich wurde begrüßt, die Umstände seiner Entstehung stießen aber auf Kritik. Das SPD-Zentralorgan tadelte vor allem, daß die Reichsregierung die deutsch-sowjetische Freundschaft zu einem Zeitpunkt betone, wo einerseits Čičerin den englisch-russischen Gegensatz hervorhebe und andererseits Großbritannien die Rolle der Garantiemacht im deutsch-französischen Sicherheitspakt übernehmen solle⁹⁴. Genau entgegengesetzt aber äußerte sich die linke *Leipziger Volkszeitung*: „Wir haben über unsere Bedenken hinsichtlich der einseitigen Orientierung der Republik nach Westen keinen Zweifel gelassen. Darum begrüßen wir im besonderen die prinzipielle Zustimmung der Reichsregierung zum deutsch-russischen Handelsvertrag am Vorabend der Konferenz von Locarno.“⁹⁵

Auf die Konferenz von Locarno (5. bis 16. Oktober) hatte der Vertragsabschluß entgegen den Befürchtungen des *Vorwärts* keinen Einfluß. Der gewünschte Sicherheitspakt kam zustande. Deutschland verpflichtete sich zur Achtung der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Grenze. Dies wurde ergänzt durch einen wechselseitigen Nichtangriffspakt der drei Staaten. Großbritannien und Italien fungierten als Garantiemächte. Außer mit Belgien und Frankreich schloß Deutschland auch mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsverträge, mit letzteren allerdings nur wenig verbindliche. Deutschland verpflichtete sich ferner, dem Völkerbund beizutreten. Hier gelang es Außenminister Stresemann, eine Relativierung des Artikels 16 durchzusetzen, derzufolge Deutschland nur in dem Maße zur Beteiligung an Sanktionen gehalten sei, „das mit seiner militärischen Situation vereinbar ist und das seine geographische Lage in Betracht zieht“⁹⁶.

Der *Vorwärts* feierte dieses Ergebnis in dicken Lettern als den „Sieg des Friedens“ und erklärte es zu einem „Teilsieg der sozialistischen Bewegung“⁹⁷. Wieder war die LVZ anderer Meinung. Reserviert kennzeichnete sie die Locarno-Beschlüsse als die politische Umsetzung der wirtschaftlichen Beschlüsse des Dawes-Planes unter Führung des angelsächsischen Kapitals. Es gelte nun, die kapitalistische Lösung proletarischen Interessen dienstbar zu machen⁹⁸. Die Ratlosigkeit der SPD-Linken in außenpolitischen Fragen zeigte sich an der Uneinheitlichkeit der Reaktionen ihrer Presseorgane auf Locarno. Sie stimmten teils mit dem diffusen Unbehagen der LVZ, teils aber auch mit der sehr positiven Reaktion des *Vorwärts* überein⁹⁹.

Da Locarno in der SPD überwiegend positiv gesehen wurde, stand es außer Frage, daß sie dem Abkommen trotz Opposition zur Regierung über die parlamentarischen Hürden helfen würde. Am 27. November stimmte die SPD-Reichstagsfraktion geschlossen für die Verträge, die von den Deutschnationalen und den anderen Parteien

⁹⁴ „Was ist's mit Rußland?“, *Vorwärts* Nr. 467 vom 3. 10. 1925.

⁹⁵ „Der deutsch-russische Handelsvertrag“, *LVZ* Nr. 231 vom 3. 10. 1925.

⁹⁶ Graml, *Europa*, S. 208 f.

⁹⁷ „Der Sieg des Friedens“, *Vorwärts* Nr. 491 vom 17. 10. 1925.

⁹⁸ „Die Beschlüsse von Locarno“, *LVZ* Nr. 244 vom 19. 10. 1925.

⁹⁹ „Das Vertragswerk von Locarno“, *LVZ* Nr. 246 vom 21. 10. 1925.

der extremen Rechten sowie den Kommunisten abgelehnt wurden¹⁰⁰. Die KPD brandmarkte den Völkerbund als „Instrument des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion“¹⁰¹. Offenkundig gegen diese kommunistische Agitation war eine Broschüre gerichtet, in der der SPD-Vorstand die Grundzüge seiner Außenpolitik erläuterte. Sie trug den bezeichnenden Titel „Völkerbund oder Bündnis mit Sowjetrußland“, und ist wahrscheinlich im November 1925 erschienen¹⁰². Obwohl der SPD-Vorstand an der sozialdemokratischen Antwort auf die gestellte Alternative keinen Zweifel ließ und die Außenpolitik der Sowjetunion in gewohnt scharfen Tönen kritisierte, wies er doch die Kategorien der West- oder Ostorientierung zurück. Während das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion „im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Austauschs geregelt“ sei, sei nun das Zentralproblem das Verhältnis zu Frankreich¹⁰³. Beim Locarno-Pakt gehe es aber nicht um eine einseitige Entscheidung für oder gegen den Westen oder den Osten, „sondern es geht darum, eine Etappe zu gewinnen auf dem Wege, der nicht nur den Westen, sondern auch den Osten Europas in einem großen Vertragssystem zusammenführen soll“¹⁰³. Zu diesem Zweck solle Deutschland im Völkerbund auf einen Beitritt Rußlands hinwirken. Man glaubte bereits erste Anzeichen für eine sowjetische Annäherung an den Völkerbund zu erkennen¹⁰⁴. Doch schien sich wenig später eine entgegengesetzte Entwicklung anzubahnen.

Anfang April brachte die Londoner *Times* die sensationelle Nachricht, daß Verhandlungen über ein neues politisches Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Gang waren, was kurz darauf von der deutschen Regierung bestätigt wurde¹⁰⁵. Die strikte Geheimhaltung der Verhandlung bis dahin – nicht einmal der Auswärtige Ausschuß des Reichstages war informiert worden – und die Befürchtung, der Locarnopakt und der Völkerbundsbeitritt könnten konterkariert werden, beunruhigte die SPD stark. Wenn Čičerin die Entscheidung zwischen Rapallo und Locarno wolle, „dann sind wir für Locarno!“ schrieb der *Vorwärts*¹⁰⁶. Die Erregung legte sich jedoch bald, als bekannt wurde, daß der am 24. April abgeschlossene „Berliner Vertrag“ nicht im Widerspruch zu den Verträgen von Locarno und zur Völkerbundssatzung stand¹⁰⁷. Die wichtigste Bestimmung des Berliner Vertrages war, daß sich Deutschland und die Sowjetunion für den Fall unprovoked Angriffe Dritter gegenseitig Neutralität zusicherten. Die sowjetische Seite hätte diese Vereinbarung gerne auf jegliche Angriffe ausgedehnt. Da dies aber auch mit der relativierten Sanktionsklausel der Völkerbundssatzung unvereinbar gewesen wäre, lehnte Stresemann diesen Wunsch ab¹⁰⁸.

¹⁰⁰ Debatte und Abstimmung: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle, Bd. 388, S. 4619–4658; zum Verhalten der SPD in der Regierungskrise, die durch den Austritt der DNVP aus dem Kabinett wegen Locarno ausgelöst wurde: Rieseberg, „Locarnokrise“.

¹⁰¹ Winkler, Normalität, S. 258 f.

¹⁰² SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Völkerbund oder Bündnis mit Sowjetrußland – Der Kampf um den europäischen Frieden. Berlin o. J. [1925/26].

¹⁰³ Ebenda, S. 10.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 7.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 12 und S. 15.

¹⁰⁶ „Die Verhandlungen mit Rußland“, Vorwärts Nr. 175 vom 15. 4. 1925; „Rückversicherungsvertrag mit Rußland?“, LVZ Nr. 87 vom 15. 4. 1925.

¹⁰⁷ „Zwischen Ost und West. Jedenfalls für Locarno“, Vorwärts Nr. 181 vom 18. 4. 1926; Rudolf Breitscheid: Das deutsch-russische Geheimnis, in: LVZ Nr. 87 vom 15. 4. 1926.

¹⁰⁸ „Der Vertrag mit Rußland“, Vorwärts Nr. 193 vom 25. 4. 1926.

¹⁰⁹ Graml, Europa, S. 215.

Als der Vertrag am 10. Juni 1926 im Reichstag behandelt wurde, nannte ihn Rudolf Breitscheid als Sprecher der SPD-Fraktion „ein Instrument des Friedens“. Sein Wert liege vor allem darin, daß die russische Regierung über die Absichten Deutschlands beruhigt worden sei, und daß er einen Schritt zur Einbeziehung Rußlands in das europäische Friedenssystem darstelle¹⁰⁹. Diese Ansicht hatte er auch schon in der *Leipziger Volkszeitung* vertreten, die den Vertrag ebenfalls begrüßte¹¹⁰.

Diesmal nahm Paul Levi auch auf der Linken eine Außenseiterposition ein. Er hob die antipolnische Note des Berliner Vertrages hervor und erklärte, dieser ermögliche Deutschland im Falle eines Konfliktes zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die Wahl des Meistbietenden. Ihn störte die gesamte deutsche Vertragspolitik: „Wir waren gegen Rapallo, denn es bedeutete eine gefährliche Tendenz, wie u.E. Völkerbund, Locarno, Genf gefährliche Tendenzen bedeuten nach der anderen Seite.“¹¹¹.

Auch die auf dem äußersten rechten Flügel der SPD angesiedelten *Sozialistischen Monatshefte* verwarfen zusammen mit dem Berliner Vertrag zugleich den Rapallo-Vertrag. Ihr Autor Ludwig Quessel hob ebenfalls eine antipolnische Note des Abkommens hervor. Allerdings durfte bei den Kontinentalpolitikern der Hinweis nicht fehlen, daß wahrscheinlich England hinter dem Vertragsabschluß stehe, welches Deutschland vom Völkerbund fernhalten wolle¹¹².

Diese Stimmen hatten keinen Einfluß auf die Haltung der Gesamtpartei. Die Reichstagsfraktion der SPD stimmte, wie alle anderen Fraktionen mit Ausnahme dreier aus der KPD ausgeschlossener Linkskommunisten, für den Vertrag¹¹³.

„Sowjetgranaten“

Kurz nach der Ratifikation des Berliner Vertrages begannen Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Gefangenen austausch. Das sowjetische Interesse richtete sich dabei vor allem auf den im „Tscheka-Prozeß“ verurteilten Skoblewski, das deutsche unter anderem auf Kindermann und Wolscht, vorrangig aber auf den leitenden Angestellten der Junkerswerke, Scholl. Er hatte einen Offizier der sowjetischen Luftwaffe bestochen, um für die Geschäftspolitik der Firma Junkers wertvolle Informationen zu erhalten¹¹⁴. Diese unterhielt nämlich in der Sowjetunion eine Fabrik für Militärflugzeuge, über die Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags eigentlich gar nicht verfügen durfte. Dies war nur eine Komponente der geheimen militärischen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, die schon 1921 in die Wege geleitet worden war und sich unter anderem auch auf die Fliegerausbildung und die Herstellung von Giftgas erstreckte¹¹⁵. Die Furcht, bei einem Prozeß gegen Scholl würde

¹⁰⁹ Verhandlungen Reichstag, Bd. 390, S. 7436 f.

¹¹⁰ Rudolf Breitscheid: Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages. Die Brücke zwischen Ost und West, in: LVZ Nr. 96 vom 26. 4. 1926; „Der Berliner Vertrag“, LVZ Nr. 98 vom 28. 4. 1926.

¹¹¹ Paul Levi: Der Kopf und die Hand, in: SPW Nr. 17 vom 29. 4. 1926.

¹¹² Ludwig Quessel: Eine neue Tragödie Deutschlands? in: SM Nr. 5 vom 17. 5. 1926, S. 291–296.

¹¹³ Winkler, Normalität, S. 291.

¹¹⁴ ADAP Serie B, Band 2,2: 8. Juni bis 31. Dezember 1926, Nr. 48 (Aufzeichnung des Legationsrates Hencke (Moskau) z. Zt Berlin, 10. 7. 1926), S. 111.

¹¹⁵ Vgl. dazu Cecil F. Melville: The Russian Face of Germany. An Account of the Secret Military Relations between the German and the Russian Governments. London 1932; Edward Hallett

die sowjetische Seite keine Rücksicht auf die delikate Lage Deutschlands nehmen und durch die Offenbarung der militärischen Zusammenarbeit einen internationalen Skandal verursachen, bewog die deutsche Botschaft in Moskau, auf die schleunige Durchführung des Gefangenenaustausches zu drängen¹¹⁶. Erstaunlicherweise zeigte sich ausgerechnet Reichswehrminister Otto Gessler als hartnäckiger Gegner der Forderungen der Botschaft, die von Mitte Juli bis Mitte August energisch gegen seine Halsstarrigkeit anargumentierte¹¹⁷. Erst Ende August kam dann eine Regelung über den Austausch zustande, Mitte September wurde er vollzogen¹¹⁸.

Die von Botschafter Brockdorff-Rantzau beschworene Gefahr der Enthüllung der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit war damit jedoch nicht gebannt. Sie ging nur von einer ganz anderen Seite aus. Seit Ende Oktober griff die SPD Reichswehrminister Otto Gessler scharf an. Er dulde Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Wehrverbänden. Ferner warf sie ihm eine politisch einseitige, nämlich rechtslastige, Rekrutierungspraxis der Armee vor¹¹⁹. Kurz zuvor hatte der Chef der Heeresleitung General von Seeckt seinen Abschied nehmen müssen, weil er dem ältesten Sohn des hohenzollerschen Kronprinzen erlaubt hatte, an einem Manöver teilzunehmen. Die SPD wollte offenkundig die durch Seeckts Rückzug und seine Ersetzung durch den „schwachen“ General Heye entstandene Lage nutzen, um die politischen Mißstände in der Reichswehr zu beseitigen¹²⁰. „Es ist an der Zeit, daß im Reichstag in aller Öffentlichkeit die illegalen Beziehungen und Organisationsversuche der Reichswehr aufgedeckt werden“, schrieb der *Vorwärts*¹²¹.

Zunächst aber brachten die Sozialdemokraten ihre Gravamina unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor. Am 1. Dezember 1926 hatten die Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, Otto Wels, Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann und Otto Eggerstedt Gelegenheit, die Beschwerden der SPD dem Reichswehrminister in Anwesenheit des Reichskanzlers Marx und des Außenministers Stresemann vorzutragen. Scheidemann eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, das, was jetzt zur Sprache komme, stelle nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch eine große Gefahr dar. „Wenn diese Dinge bekannt würden, müsse die Politik Stresemanns platzen“, gibt das Protokoll seine Ausführungen wieder¹²². Außer Beschwerden gegen die geheime Aufrüstung und die Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Verbänden trug Scheidemann dann

Carr: Berlin, Moskau. Stuttgart 1954, S. 75–82; Helm Speidel: Reichswehr und Rote Armee, in: VfZ 1 (1953), S. 9–45 (S. 9–16 Einleitung von Hans Rothfels); Carsten, Reichswehr, S. 141–157, S. 253–259 und S. 276–278; Rosenbaum, Community, S. 227–241.

¹¹⁶ ADAP Serie B, Band 2,2: 8. Juni bis 31. Dezember 1926, Nr. 48, S. 110f. und Nr. 83 (Aufzeichnung ohne Unterschrift [wahrscheinlich von Botschafter Brockdorff-Rantzau, 12. 8. 1926]), S. 186–189.

¹¹⁷ Vgl. zu der Auseinandersetzung ebenda, Nr. 50, 54, 55–59, 61, 63, 64, 68, 82.

¹¹⁸ Ebenda, Nr. 99 (Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Schubert, Berlin 28. 8. 1926), S. 241 f.; „Deutsch-russischer Gefangenenaustausch“, Vorwärts Nr. 438 vom 17. 9. 1926.

¹¹⁹ Winkler, Normalität, S. 299; Otto-Ernst Schüddekopf: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933. Hannover, Frankfurt a.M. 1955, S. 217 ff.; Berichte des Vorwärts dazu u. a. in Nr. 248 vom 20., Nr. 550 vom 22. und Nr. 553 vom 24. 11. 1926.

¹²⁰ Carsten, Reichswehr, S. 267–S. 271 und S. 275 f.

¹²¹ „Illegale Betätigung der Reichswehr“, Vorwärts Nr. 548 vom 20. 11. 1926.

¹²² Protokoll der Besprechung in Schüddekopf, Das Heer, S. 214–217, hier: S. 214.

auch Erkenntnisse der SPD über die russischen Unternehmungen der Firma Junkers, die Herstellung von Giftgas und Munition durch deutsche Betriebe in der Sowjetunion und die Munitionseinfuhr nach Deutschland vor. Gessler bestätigte diese Angaben. Die Munitionsproduktion sei allerdings inzwischen eingestellt. Über konkrete Forderungen der SPD-Vertreter hinsichtlich der Beziehungen zu Rußland berichtet das Protokoll nichts, doch stellte Otto Wels ganz allgemein fest, es müsse bald etwas Sichtbares geschehen, damit die Kursänderung, die Gessler unter Hinweis auf Heyes Berufung angekündigt hatte, erkennbar werde. „Reichskanzler Marx dankt den Herren, daß sie diesen Weg gewählt hätten, um das Material der Regierung zur Kenntnis zu bringen“, ist abschließend in der Aufzeichnung vermerkt¹²³.

Doch nur wenig später erfuhr auch die deutsche Öffentlichkeit von der geheimen militärischen Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Sowjetunion. In großer Aufmachung präsentierte der *Vorwärts* unter der Überschrift „Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze“ am 5. Dezember die Übersetzung eines Artikels, der zwei Tage zuvor im *Manchester Guardian* erschienen war und von dem Berliner Korrespondenten des liberalen englischen Blattes, Voigt, stammte. Voigt schrieb, daß die deutschen Junkerswerke seit fünf Jahren in der Sowjetunion Flugzeuge für den deutschen und den sowjetischen Gebrauch herstellten, daß dort unter deutscher Regie Giftgase produziert würden, daß es einen Offiziersaustausch zwischen Reichswehr und Roter Armee gebe, und daß im November sechs Schiffe mit Waffen und Munition aus der Sowjetunion in Stettin vor Anker gegangen seien¹²⁴. In einem Kommentar dazu erklärte das SPD-Zentralorgan, es liege ein klarer Verstoß gegen den Versailler Vertrag vor und forderte eine wesentlich stärkere Kontrolle der Reichswehr. Zugleich wandte es sich kritisch gegen die Sowjetunion. „Rußland bewaffnet die deutsche Gegenrevolution!“ erklärte der *Vorwärts* und fragte polemisch: „Waren die Gewehre, die in Sachsen, Thüringen, Hamburg auf kommunistische Arbeiter losgingen, etwa mit russischen Kugeln geladen?“¹²⁵

Der Bericht des *Manchester Guardian* und seine Übernahme durch den *Vorwärts* waren von besonderer Brisanz, weil zur gleichen Zeit die Abschlußverhandlungen über die deutsche Entwaffnung und die Abberufung der Interalliierten Kontrollkommission unmittelbar bevorstanden. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbüro dementierte denn auch sofort den Bericht. Er solle offenkundig die Verhandlungen in Genf stören¹²⁶. Der *Manchester Guardian* brachte jedoch einen weiteren Artikel zu den deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen, der wiederum vom *Vorwärts* übernommen wurde. Der neue Bericht befaßte sich mit den Verträgen, die das Reichswehrministerium mit der Firma Junkers über die geheime Flugzeugproduktion in Rußland abgeschlossen hatte¹²⁷. Auch andere sozialdemokratische Zeitungen brachten die Enthüllungen¹²⁸.

Das Vorgehen der SPD-Presse stieß links und rechts auf heftige Ablehnung. Die Rechtspresse warf der Sozialdemokratie vor, sie habe sich zum „Anwalt unserer Fein-

¹²³ A. a. O.

¹²⁴ „Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze“, *Vorwärts* Nr. 573 vom 5. 12. 1926.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Müller, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 316.

¹²⁷ „Rußland und Reichswehr“, *Vorwärts* Nr. 575 vom 7. 12. 1926.

¹²⁸ „Reichswehr und Sowjetregierung“, *LVZ* Nr. 283 vom 6. 12. 1926; „Eine Militärkonvention mit Rußland“, *LVZ* Nr. 284 vom 7. 12. 1926.

de“ gemacht und lastete ihr „schurkische Landesverrätere“ an, die kommunistische *Rote Fahne* sprach von „sozialdemokratischen Lügengranaten“¹²⁹.

Am 6. Dezember hatten Otto Wels und Hermann Müller Reichswehrminister Otto Gessler ihre Beschwerden und das zugrundeliegende Material in einer schriftlichen Zusammenfassung zugestellt. Darin wurde unter anderem die volle Aufklärung über die Lieferung und Finanzierung von Rüstungsgütern aus dem Ausland (sprich: Rußland) verlangt¹³⁰. Doch für die Reichsregierung war jetzt vorrangig, Schaden für die in Genf laufenden Verhandlungen über die Aufhebung der alliierten Rüstungskontrolle zu vermeiden. So wurde die Presse angewiesen, das Thema möglichst nicht mehr zu behandeln¹³¹. Die SPD nahm insofern Rücksicht auf die Genfer Verhandlungen, als sie durch ihre Stimmenthaltung bei dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Innenminister Külz (DDP) am 10. Dezember half, eine Krise der Minderheitsregierung Marx zu vermeiden und damit einem Wunsch Außenminister Stresemanns nachkam¹³². Doch zugleich, ebenfalls am 10. Dezember, verlas im Preußischen Landtag der SPD-Abgeordnete Erich Kuttner einen Brief der sowjetischen Staatsbank an die „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmen“ (Gefu), eine Tarnorganisation für die Abwicklung der Transaktionen zwischen der Reichswehr und sowjetischen Stellen¹³³.

Der befürchtete außenpolitische Schaden der Enthüllungen blieb allerdings aus. Am 12. Dezember erreichte Stresemann in Genf sein Ziel der Aufhebung der alliierten Militärkontrolle, ohne daß die deutsche Rüstungszusammenarbeit mit der Sowjetunion auch nur erwähnt worden wäre¹³⁴.

Dennoch war die Regierung, insbesondere Außenminister Stresemann, bemüht, aus außenpolitischen Gründen weitere Diskussionen zu vermeiden. Hermann Müller und Philipp Scheidemann, die den Eintritt der SPD in die Regierung anstrebten, machten sich das zunutze und signalisierten Bereitschaft zum Verzicht auf eine eingehende Aussprache im Reichstag, wenn die Regierung ihrerseits dort Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition ankündigen werde. Außenminister Stresemann und Reichskanzler Marx waren diesem Gedanken auch durchaus nicht abgeneigt¹³⁵. Dagegen war der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei Scholz, der rechten Flügelpartei des Minderheitskabinetts Marx, ein entschiedener Gegner einer solchen politischen Umgruppierung. Bereits am 5. Dezember hatte er in einer Rede im ostpreußischen Insterburg erklärt, die DNVP stehe der bürgerlichen Mitte innerlich näher als die Sozialdemokratie und eine große Koalition mit dieser könne keinen Bestand haben, was von der SPD als eine „offene Kriegserklärung“ aufgefaßt worden war¹³⁶.

¹²⁹ Müller, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 317.

¹³⁰ AdR. Die Kabinette Marx III und IV, 17. Mai 1926 bis 19. Januar 1927, 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1929. Bearb. von Günther Abramowski. 2 Bde. Boppard 1988. Nr. 138, S. 400–411, hier: S. 411.

¹³¹ Müller, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 317.

¹³² Winkler, *Normalität*, S. 300; gegen die Stimmenthaltung hatte sich in der Fraktionssitzung vom 9. Dezember Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des AfA-Bundes, ausgesprochen; Aufzeichnung über die Fraktionssitzung 9. 12. 1926, AsD Bonn, Nl. Carl Giebel, Kassette II/1, Mappe 3, Nr. 292.

¹³³ „Reichswehr und russische Staatsbank“, *Vorwärts* Nr. 583 vom 11. 12. 1926.

¹³⁴ Winkler, *Normalität* S. 300; ADAP Serie B, Bd. 2, Nr. 173, S. 439.

¹³⁵ ADAP Serie B, Bd. 2, Nr. 174, S. 441, Fußnote 1; Winkler, *Normalität*, S. 300f.

¹³⁶ Stampfer, *Vierzehn Jahre*, S. 452.

Trotzdem machten Müller und Scheidemann eine Woche später ihre Offerte, und bei einer Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Außenminister am 15. Dezember erklärte Hermann Müller, man werde die Bedenken der Regierungsvertreter gegen eine außenpolitische Debatte im Reichstag respektieren. Der sozialdemokratische Redner werde bei der bevorstehenden Aussprache „insbesondere über die russischen Angelegenheiten im Plenum nicht oder nur mit äußerster Vorsicht sprechen“¹³⁷. Doch am Abend desselben Tages ergab sich in der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion eine Wende. Eine starke Strömung opponierte gegen die große Koalition und wollte ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Marx einbringen. Der schließlich erzielte Kompromißbeschuß, als Voraussetzung für Koalitionsverhandlungen sei der Rücktritt der Regierung erforderlich, klang, wie Heinrich August Winkler schreibt, wie ein Ja, lief aber tatsächlich auf ein Nein hinaus¹³⁸. Die Fraktion verschärfte auch die Forderungen bezüglich der Rüstungszusammenarbeit mit der Sowjetunion. Hatten Otto Wels und Hermann Müller in ihrem Schriftsatz vom 6. Dezember nur die volle Aufklärung über die Lieferungen und ihre Finanzierung gefordert, so wurde jetzt in einem „Sofortprogramm“ der Abbruch der Beziehungen zu Auslandsfabriken, die Rüstungsgüter lieferten, verlangt¹³⁹. Die Fraktion beschloß außerdem, Minister Gessler das Mißtrauen auszusprechen¹⁴⁰.

Was Philipp Scheidemann dann am Nachmittag des nächsten Tages namens der SPD-Fraktion vortrug, war mitnichten das, was Hermann Müller dem Reichskanzler und dem Außenminister versprochen hatte. Scheidemann lieferte eine Generalabrechnung mit den illegalen Aktivitäten der Reichswehr. Ungesetzliche Finanzierungsmethoden und die Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Verbänden behandelte er dabei etwa gleichgewichtig mit den Beziehungen der Reichswehr zur Sowjetunion, doch war letzteres zweifellos der sensationellste Aspekt in seiner Rede. Scheidemann äußerte ein gewisses Verständnis für Munitionslieferungen in der Zeit, als die Munitionsherstellung in Deutschland vertragswidrig von den Alliierten verboten gewesen sei. Diese Voraussetzung sei jedoch seit langem entfallen. Die Berichte des *Vorwärts* ergänzte er durch Informationen über die Entladung von Munitionsschiffen in Stettin. Die kommunistische Hafenzelle sei davon unterrichtet gewesen, habe aber geschwiegen, erklärte Scheidemann. Die geheimen Rüstungen schädigten die Interessen der deutschen Außenpolitik. Das Verhältnis zur Sowjetunion solle gut, aber auch ehrlich und sauber sein. Die geheime Aufrüstung sei es nicht. „Wir wollen gern Moskaus Freunde sein, aber wir wollen nicht Moskaus Narren sein. [...] Keine Sowjetmunition mehr für deutsche Geschütze!“ rief Scheidemann aus¹⁴¹.

„Die Rechte schleuderte dem Redner eine Spritzflut von Schimpfworten entgegen und verließ dann den Saal. Die Kommunisten kreischten wie besessen“, berichtete der *Vorwärts* am folgenden Tag über die Reaktionen auf Scheidemanns Auftritt. Auch beim

¹³⁷ AdR, Kab. Marx III und IV, S. 458.

¹³⁸ Winkler, Normalität, S. 301.

¹³⁹ AdR, Kab. Marx III und IV, S. 458, Fußnote 1; daß die Forderung erst am Abend in der Fraktionssitzung gestellt wurde, geht hervor aus den Aufzeichnungen Carl Giebels über diese Sitzung; Nl. Carl Giebel, Kassetten II/1, Mappe 3, Nr. 296 f.

¹⁴⁰ Winkler, Normalität, S. 301.

¹⁴¹ Verhandlungen Reichstag, Bd. 391, S. 8577–8586 (Zitat S. 8585).

Zentrum und bei der DDP habe es starke Unruhe gegeben. Die Rede habe eingeschlagen „wie eine Bombe“¹⁴².

Über die Wirkungen dieser Bombe gehen die Meinungen allerdings auseinander. Eines steht fest: Die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee sprengte sie nicht. Klar war auch, daß die SPD nicht mehr auf eine Regierungsbeteiligung setzte. Unmittelbar nach dieser Rede hätte sie dafür keinen Partner gefunden. „Sie gab all denen einen willkommenen Anlaß, von der Reichswehrfeindlichkeit der Sozialdemokratie zu sprechen, die unter allen Umständen das Zustandekommen einer Koalition mit den Sozialdemokraten verhindern wollten“, urteilte Carl Severing in seinen Erinnerungen¹⁴³.

Die Tatsache, daß das vierte Kabinett Marx – nach dem Sturz des dritten durch ein von der SPD unterstütztes Mißtrauensvotum – am 17. Dezember unter Einschluß der DNVP und nicht der SPD gebildet wurde, scheint für diese Auffassung zu sprechen. Dagegen rechtfertigte Friedrich Stampfer das Auftreten Scheidemanns: „In dem Augenblick, in dem die außenpolitischen Fesseln der Reichswehr fielen, mußte die parlamentarische Kritik ihre Freiheit wiedergewinnen.“¹⁴⁴ Der Historiker Heinrich August Winkler führt aus, daß die SPD als Regierungspartner in einer großen Koalition bessere Chancen für eine Reform der Reichswehr gehabt hätte als durch Scheidemanns Frontalangriff¹⁴⁵. Hermann Müller begründete am 16. Dezember 1926 Scheidemanns Vorstoß mit den Worten: „Wir haben das getan, weil eine rasche Klärung über die Frage der Reichswehr herbeigeführt werden muß und weil wir berechtigte Zweifel haben, ob alle Regierungsparteien die ernste Absicht haben, sich in dieser Frage mit uns zu einigen“¹⁴⁶. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Scholz' Insterburger Rede vom 5. Dezember. Aus Müllers Mund klingt dieses Argument insofern nicht ganz überzeugend, als er ja noch bis zum 15. Dezember eine große Koalition anstrebte. Allerdings gab Müller mit dieser Äußerung wohl die Meinung der Fraktionsmehrheit wieder. Es scheint, daß es ähnlich wie zur Frage der großen Koalition auch bei derjenigen des Umgangs mit den „heißen Informationen“ über die Sowjetgranaten zwei Tendenzen in der SPD gab. Die SPD-Vertreter, die in dieser Sache Kontakte zur Regierung unterhielten, gingen von der Vertraulichkeit der Informationen aus. Aber schon vier Tage nach dem internen Gespräch mit dem Reichskanzler und dem Außenminister, erschien im *Vorwärts* der erste Bericht aus dem *Manchester Guardian*. Die Drohung mit einer Enthüllung war damit weitgehend wirkungslos geworden. Es blieb nur noch der Verzicht auf eine breite öffentliche Debatte als „bargaining chip“. Zudem hatte Scheidemann in der Besprechung vom 1. Dezember davor gewarnt, daß ein Bekanntwerden der Informationen Stresemanns Politik „platzen“ lassen könnte. Es liegt daher nahe, daß die Veröffentlichung im *Vorwärts* nicht auf Initiative und wohl auch nicht mit dem Einverständnis der Führung der Reichstagsfraktion erfolgte.

Diese war im übrigen nicht die schlichte Übernahme der Berichte einer von der SPD unabhängigen ausländischen Zeitung, denn der Korrespondent des *Manchester Guar-*

¹⁴² „Reichswehrkrise – Regierungskrise“, *Vorwärts* Nr. 593 vom 17. 12. 1926.

¹⁴³ Severing, *Lebensweg*, Bd. 2, S. 104.

¹⁴⁴ Stampfer, *Vierzehn Jahre*, S. 453.

¹⁴⁵ Winkler, *Normalität*, S. 303.

¹⁴⁶ „Sturz des Kabinetts Marx wahrscheinlich“, *Vorwärts* Nr. 594 vom 17. 12. 1926.

dian, Voigt, konnte das Material für seine Berichte nur aus sozialdemokratischen Kreisen erhalten haben. Einen ähnlichen Verdacht äußerte unmittelbar nach den Veröffentlichungen des *Vorwärts* auch die *Rote Fabne*. Sie erklärte, Rudolf Breitscheid habe die Berichte lanciert. Dies dementierten sowohl Breitscheid als auch Voigt¹⁴⁷. Damit war allerdings nicht gesagt, daß Voigt nicht eine andere Quelle aus der SPD hatte. Daß die Informationen über die sowjetischen Verbindungen der Reichswehr nicht nur der engeren Führungsgruppe der Partei bekannt waren, zeigt Erich Kuttners Auftreten im preußischen Landtag am 10. Dezember.

Im Auswärtigen Amt hatte man offenbar sehr schnell nach den ersten Hinweisen recherchiert, über welche Informationen aus welchen Quellen die SPD verfügte. In einer Aufzeichnung vom 15. Dezember stellte Legationsrat von Dirksen aus der Ostabteilung fest, die SPD verfüge über Material zu den Junkerswerken und zu der Gasfabrik in der Sowjetunion sowie zu den Munitionstransporten von Leningrad nach Stettin vom Sommer des Jahres. Die Informationen über Junkers habe sie einem Memorandum der Firma entnommen, das schon im Frühsommer an eine Reihe von Reichstagsabgeordneten verteilt worden war¹⁴⁸. Das Unternehmen wollte damit seinen finanziellen Forderungen an das Reichswehrministerium Nachdruck verleihen. In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 25. Juni 1926 verlangten die Abgeordneten Koch, Groß (Zentrum), Stücklen und Müller (SPD) Aufschluß über die Forderungen von Junkers an das Reichswehrministerium¹⁴⁹. Aus dem Junkersmaterial und zusätzlichen Mitteilungen von unbekannt Personen habe die SPD die Kenntnisse über die Giftgasproduktion bezogen, vermerkte von Dirksen. Wahrscheinlich waren die Unbekannten zwei sozialdemokratische Arbeiter, die im ersten Halbjahr 1926 in der Giftgasfabrik in Troztk gearbeitet hatten. Am 11. Januar 1927 veröffentlichte der *Vorwärts* ein Interview, das der Berliner SPD-Vorsitzende und Reichstagsabgeordnete Franz Künstler mit ihnen geführt hatte¹⁵⁰. Die Informationen über den Seetransport von 300 000 Granaten von Leningrad nach Stettin schließlich bekam die SPD von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Stettins, Fenner, der dienstlich mit Vorgängen bei der Entladung befaßt war¹⁵¹. Möglicherweise verfügte sie aber auch schon im Dezember über die Informationen, die Franz Künstler aus einem Gespräch mit Stettiner Hafendarbeitern erhielt, das im Februar vom *Vorwärts* veröffentlicht wurde¹⁵².

Unabhängig davon steht jedenfalls fest, daß nur führende SPD-Politiker Voigt unterrichtet haben konnten. Auch wenn er auf anderem Wege in den Besitz des Junkers-Memorandums gekommen wäre, die Informationen über die Giftgasfabrik und den

¹⁴⁷ „Landesverratsstetzel“, *Vorwärts* Nr. 576 vom 7. 12. 1926; „Neue Geßler Dokumente“, LVZ Nr. 285 vom 8. 12. 1926.

¹⁴⁸ ADAP Serie B, Bd. II, 2, Nr. 168, S. 425 f.

¹⁴⁹ ADAP Serie B, Bd. II, 2, Nr. 21, S. 50.

¹⁵⁰ „Die Giftgasfabrik in Troztk“, *Vorwärts* Nr. 16 vom 11. 1. 1927. Es illustriert die Mentalitätsunterschiede zwischen dem Reichswehrminister Gessler und seinen sozialdemokratischen Kontrahenten sehr anschaulich, daß der *Vorwärts* in einem Kommentar zu dem Interview Giftgas das „entsetzlichste aller Kampfmittel“ nennt, während Gessler in seinen Memoiren unter Berufung auf eine amerikanische Zeitschrift von der „menschlichste[n] aller Erfindungen zum Töten“ spricht; Otto Gessler: *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*. Stuttgart 1958, S. 199.

¹⁵¹ Wie Anm. 148.

¹⁵² „Wie war es in Stettin?“, *Vorwärts* Nr. 87 vom 21. 2. 1927.

Munitionstransport konnte er nur von ihnen haben. Der umgekehrte Weg, nämlich daß Voigt die SPD-Politiker informiert hätte, ist nicht nur unwahrscheinlich, sondern ausgeschlossen, denn diesen war, wie Botschafter Brockdorff-Rantzau und Generalkonsul Moritz Schlesinger (der selbst SPD-Mitglied war) der Munitionstransport schon Mitte November bekannt¹⁵³. Hätte der Journalist Voigt schon zu diesem Zeitpunkt darüber Bescheid gewußt, hätte für ihn kein Grund bestanden, eine Veröffentlichung hinauszuschieben.

Das Motiv für das umständlich anmutende Verfahren, die Informationen zunächst in einer ausländischen Zeitung zu publizieren, wurde in den Reaktionen auf die *Vorwärts*-Berichte schnell sichtbar: Insbesondere die Rechte erhob den Vorwurf des Landesverrats. Der *Vorwärts* konnte darauf mit – wahrscheinlich gespielter – Unschuld entgegenen: „Wer dem deutschen Volk mitteilt, was in ausländischen Zeitungen steht, der begeht demnach – ‚Landesverrat‘.“¹⁵⁴ Daß der Landesverratsvorwurf eine durchaus ernstzunehmende Drohung darstellte, zeigt die Tatsache, daß zwischen Reichswehrministerium und Oberreichsanwalt Absprachen stattfanden, die offenkundig dem Ziel dienten, zu prüfen, ob Franz Künstler beziehungsweise der verantwortliche LVZ-Redakteur Hugo Saupe aufgrund der Interviews mit den Mitarbeitern der Giftgasfabrik in Troitzk und den Stettiner Hafenarbeitern wegen Landesverrats angeklagt werden könnten¹⁵⁵.

Die Tatsache, daß Voigts Berichte aus SPD-Kreisen lanciert waren, läßt zwei Schlüsse zu: Entweder war der Umgang mit dem Wissen über die deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen schlecht koordiniert oder ein Teil derer, die Zugang zu den Informationen hatten, konterkarierte bewußt die Bestrebungen Müllers und Scheidemanns, sie zum Hebel für eine große Koalition zu machen. Angesichts der Brisanz des Materials erscheint die zweite Möglichkeit als wahrscheinlicher, doch gibt es für keine der beiden Alternativen klare Belege. Wer immer Voigt die Informationen überlassen hat, muß jedenfalls davon überzeugt gewesen sein, daß daraus kein Schaden für die Westpolitik entstehen würde, denn keiner der führenden Sozialdemokraten hätte versucht, Stresemanns Politik zu sabotieren. Für diese Auffassung gab es gute Gründe. Scheidemann selbst hatte in der Besprechung vom 1. Dezember erklärt, ein Teil des Materials sei „den Franzosen bekannt“¹⁵⁶. Daß die militärischen Aktivitäten der Reichswehr in der Sowjetunion für die Ententemächte ein offenes Geheimnis waren, war auch der Grund dafür, daß Generalkonsul Moritz Schlesinger, wie er dem Legationsrat im Auswärtigen Amt von Dirksen am 18. Dezember mitteilte, nicht an außenpolitische Komplikationen infolge der sozialdemokratischen Enthüllungen glaubte¹⁵⁷. „Den fremden Regierungen sind diese Tatsachen seit vielen Jahren bekannt“, schrieb Schlesinger, der diesen Umstand auf die unvorsichtige Art zurückführte, mit der sich die deutschen Militärs in Rußland bewegten¹⁵⁸. Wahrscheinlich hat Schlesinger das auch seinen sozialdemokrati-

¹⁵³ ADAP Serie B, Bd. II, 2, Nr. 138 (Aufzeichnung d. StS im AA von Schubert, Berlin 19. 11. 1926), S. 343; Nr. 175 (Generalkonsul Schlesinger, z. Z. Moskau, an Vortragenden Legationsrat von Dirksen, Moskau 18. 12. 1926), S. 443.

¹⁵⁴ „Rußland und Reichswehr“.

¹⁵⁵ Bundesarchiv Potsdam, Bestand 30.01 (Reichsjustizministerium), Mikrofilm 21438, 5036/109.

¹⁵⁶ Schüddekopf, *Das Heer*, S. 214.

¹⁵⁷ Schlesinger an von Dirksen, S. 443.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 443 f.

schen Parteifreunden mitgeteilt, mit denen er Mitte November über die Angelegenheit gesprochen hatte. Die ersten Informationen über die russischen Aktivitäten der Reichswehr habe die SPD im übrigen schon 1922 von den polnischen Sozialisten erhalten¹⁵⁹.

Auch Alexander Kerenskij berichtet in seinen Memoiren, daß die SPD schon lange vor 1926 von den Beziehungen der Reichswehr zur Sowjetunion wußte. Im Herbst 1923 hätten ihn drei Deutsche, die als Vorarbeiter in einer deutschen Sprengstoffabrik in Samara an der Wolga beschäftigt gewesen seien, über ihre Arbeit informiert. Später habe er auch von einem Flugplatz, einem Artillerieversuchsgelände und einer Flugzeugfabrik in Lipezk erfahren. Ebenfalls 1923 habe er Eduard Bernstein alle seine Informationen mitgeteilt. Dieser sei aufgrund eines Artikels zu dem Thema, den er 1922 publiziert habe, von Reichspräsident Ebert gewarnt worden, daß er bei Fortsetzung seiner Enthüllungen wegen Landesverrats angeklagt werden würde. Allerdings sind Kerenskij's Aussagen mit Vorsicht zu betrachten, da seine Ortsangaben unpräzise sind, der erwähnte Artikel Bernsteins nicht ausfindig gemacht werden konnte – und er hätte doch wohl Aufsehen erregen müssen – und nicht zuletzt, weil die Haltung, die Kerenskij Ebert zuschreibt, äußerst unwahrscheinlich ist¹⁶⁰.

Daß die SPD von ihrem Wissen erst 1926 politischen Gebrauch machte, hat mehrere Gründe. Vorrangig ist, daß sie im Sommer und Herbst 1926 eine ganze Reihe gut gesicherter zusätzlicher Informationen erhielt. Vor Friedrich Eberts Tod im Februar 1925 hätten Enthüllungen wie die von 1926 zudem den sozialdemokratischen Reichspräsidenten diskreditiert, der nach Artikel 47 der Weimarer Verfassung ja der Oberbefehlshaber der Reichswehr war¹⁶¹. 1926 hingegen legten die politischen Konstellationen die Nutzung der wesentlich angewachsenen Informationen nahe. Die „Sowjetgranaten“ waren erstklassige Munition nicht nur gegen Reichwehrminister Gessler, sondern auch gegen die Kommunistische Partei, die seit zwei Jahren mit den sogenannten „Arbeiterdelegationen“ eine intensive Sympathiewerbung für die Sowjetunion betrieb, wodurch SPD-Mitglieder für eine „Einheitsfront von unten“ mit der KPD gewonnen werden sollten. Auf möglichen Schaden für die deutsch-sowjetischen Beziehungen nahm die SPD bezeichnenderweise während der ganzen „Sowjetgranaten“-Affäre, in der für sie ausschließlich innenpolitische Aspekte entscheidend waren¹⁶², keinerlei Rücksicht. Im Gegenteil: Nach Scheidemanns Rede spitzte sich die Kampagne der SPD gegen die KPD und gegen die Sowjetunion zu. Zwar blieb die SPD auf Konfrontationskurs gegen Gessler und stellte aus Anlaß der Debatte über den Reichswehretat im März 1927 einen Mißtrauensantrag gegen ihn, doch spielten dabei die Militärbeziehungen zur Sowjetunion keine Rolle mehr¹⁶³.

Was dieses Thema betraf, gab sich die SPD mit sehr allgemeinen Auskünften Gesslers

¹⁵⁹ Ebenda. Möglicherweise hat Schlesinger Scheidemann über den Wissensstand Frankreichs informiert.

¹⁶⁰ Aleksandr F. Kerenskij: Die Kerenskij Memoiren. Rußland und der Wendepunkt der Geschichte. Wien 1966, S. 551–553.

¹⁶¹ Zu Eberts Haltung zu der geheimen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion siehe Carsten, Reichswehr, S. 148.

¹⁶² ADAP Serie B, Bd. II,2, Nr. 159 (Ministerialdirektor Köpke an die deutsche Delegation in Genf, Berlin 6. Dezember 1926), S. 406.

¹⁶³ Verhandlungen Reichstag Bd. 393, S. 10024–10028. Siehe auch: Karl [sic!] Severing: Warum Mißtrauen? in: Vorwärts Nr. 150 vom 30. 3. 1927.

zufrieden und stimmte im Auswärtigen Ausschuß sogar gegen einen völkischen Antrag auf öffentliche Behandlung des Themas, dem auch die KPD zugestimmt hatte¹⁶⁴. Dagegen entspann sich eine heftige Polemik zwischen sowjetischen und deutschen kommunistischen Zeitungen und der sozialdemokratischen Presse. Auf sowjetischer Seite war man der Meinung, das Beste sei, die sozialdemokratischen Enthüllungen in Bausch und Bogen zu dementieren. Botschafter Krestinskij versuchte erfolglos, auch die Reichsregierung auf diese Linie einzuschwören¹⁶⁵. Die kommunistische Presse verfuhr entsprechend, mit der Folge, daß der *Vorwärts* im ersten Vierteljahr 1927 mit immer neuen Artikeln zu dem Thema und weiteren Enthüllungen, zum Teil mit groß aufgemachten Reproduktionen von Originaldokumenten, aufwartete¹⁶⁶. Neben der Entlarvung kommunistischer Unwahrheiten war der Grundtenor der Kampagne: „Moskau predigt die Revolution und bewaffnet die Gegenrevolution“. Josef Felder, ein alter SPD-Funktionär, erinnert sich, daß er zahlreiche Versammlungen zu diesem Thema abgehalten hat, die vorrangig gegen die KPD gerichtet waren¹⁶⁷. Im März 1927 gab der SPD-Vorstand eine Broschüre dazu heraus, deren ausführliche Schilderungen der geheimen militärischen Zusammenarbeit in der Parole gipfelten: „Das Spiel der KPD ist vorbei. Die einzige deutsche Arbeiterpartei ist die Sozialdemokratische Partei.“¹⁶⁸

Schon am 7. Januar hatte der stellvertretende sowjetische Außenminister Litvinov Botschafter Brockdorff-Rantzau gefragt, ob mit einer Fortsetzung der sozialdemokrati-

¹⁶⁴ „Reichswehr und Rußland“, *Vorwärts* Nr. 91 vom 23. 2.; „Sowjetgranaten und KPD.-Lügen“, ebenda, Nr. 92 vom 24. 2. und „Gessler über die Sowjetgranaten“, ebenda, Nr. 150 vom 30. 3. 1927.

¹⁶⁵ ADAP Serie B, Bd. II, 2, Nr. 173 (Aufzeichnung des StS im AA von Schubert, Berlin 17. 12. 1926), S. 440; ADAP Serie B, Bd. 4: 1. Januar bis 16. März 1927. Göttingen 1970, S. 20, Fußnote 5.

¹⁶⁶ „Die Sowjetgranaten. Die KPD wird von der KAPD gestellt.“, *Vorwärts* Nr. 15 vom 10. 1.; „Die Giftgasfabrik in Trozk. Bekundungen zweier Augenzeugen“, *Vorwärts* Nr. 16 vom 11. 1. (ebenfalls in LVZ Nr. 4 vom 6. 1. unter dem Titel „Hakenkreuz und Sowjetstern“); „Die abgeleugneten Sowjetgranaten. Aber es gibt Dokumente!“, *Vorwärts* Nr. 28 vom 18. 1.; „Die Sowjetgranaten im Landtag. Erklärung des Genossen Kuttner“, *Vorwärts* Nr. 29 vom 18. 1.; „Die Sowjetgranaten. Bucharin sagt: sie dürfen bei uns produziert werden“, *Vorwärts* Nr. 45 vom 27. 1.; „Zusammenstöße in der letzten Nacht“, *Vorwärts* Nr. 47 vom 28. 1.; „Keine Sowjetgranaten mehr!“, *Vorwärts* Nr. 54 vom 2. 2.; „Wie war es in Stettin? Bekundungen von Hafenarbeitern über die Sowjetgranaten“, *Vorwärts* Nr. 87 vom 21. 2. (ebenso in LVZ Nr. 39 vom 22. 2.: „Die Sowjetgranaten für Deutschland“); „Die Sowjetgranaten in Stettin. Verzweiflungssprünge der ‚Roten Fahne‘“, *Vorwärts* Nr. 89 vom 22. 2.; „Dollar für Sowjetgranaten. Es hilft kein Versteckspiel und kein Leugnen!“, *Vorwärts* Nr. 90 vom 23. 2. (ebenso in LVZ Nr. 46 vom 24. 2.: „Es gibt nichts mehr abzuleugnen“); „Reichswehr und Rußland“, *Vorwärts* Nr. 91 vom 23. 2.; „Sowjetgranaten und KPD.Lügen“, *Vorwärts* Nr. 92 vom 24. 2.; „Die Munition aus Rußland“, *Vorwärts* Nr. 93 vom 24. 2.; „Die Kommunisten lügen weiter“, *Vorwärts* Nr. 95 vom 22. 2.; „Die Theorie der Sowjetgranaten“, *Vorwärts* Nr. 101 vom 1. 3.; „Der Parteitag der Granatenpartei“, *Vorwärts* Nr. 105 vom 3. 3.; „Gessler über die Sowjetgranaten“, Nr. 150 vom 30. 3.; „Hintergründe des Granatengeschäfts. Ein Artikel von Philips Price im ‚New Leader‘“, *Vorwärts* Nr. 158 vom 3. 4. (unter demselben Titel in LVZ Nr. 80 vom 5. 4.); ferner: „Sowjetgranaten“, Mitteilungsblatt der SPD, Januar 1927.

¹⁶⁷ Gespräch mit Josef Felder, München, 10. Oktober 1988.

¹⁶⁸ Die Broschüre mit dem Titel „Sowjetgranaten“ ist in englischer Übersetzung abgedruckt bei Melville, Russian Face, S. 177–204, hier: S. 203f. Das deutsche Original konnte bibliographisch nicht ermittelt werden; siehe auch Müller, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 500, Fußnote 16.

schen Enthüllungen zu rechnen sei. Er glaube das nicht, hatte Rantzau geantwortet, vorausgesetzt, die sowjetische Presse stelle ihre Kampagne gegen die SPD ein¹⁶⁹. Die Einschätzung des deutschen Botschafters war nicht sehr realistisch. Nachdem weder der Sturz Gesslers noch die Bildung einer großen Koalition geglückt waren und sich die SPD mit ihren Reichswehrenthüllungen von allen in Frage kommenden Koalitionspartnern isoliert hatte, wäre der Einsatz ganz verspielt gewesen, wenn die „Sowjetgranaten“ nicht noch – bis in den März 1927 hinein – nach Kräften auf die KPD abgefeuert worden wären¹⁷⁰.

Obwohl die geheime militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion der SPD stets Unbehagen verursachte, wiederholte sich Scheidemanns effektvoller Auftritt nicht. Der politische Ertrag hatte sich wohl doch als zu gering erwiesen. So trug am 21. März 1928 Rudolf Hilferding im außenpolitischen Ausschuß neue Informationen über die Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee vor, erklärte aber, die SPD wolle das Material nicht gegen die KPD ausnützen. Sie wolle nur rechtzeitig auf Mißstände aufmerksam machen¹⁷¹. Veröffentlichungen unterblieben diesmal, Konsequenzen ebenso. Aber auch als die SPD wieder Regierungspartei war, gelang es ihr nicht, die unerwünschten Verbindungen der Reichswehr zur Sowjetunion abzubrechen. Bereits am Tage seines Amtsantritts, dem 29. Juni 1928, stimmte der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller widerwillig der Entsendung von Flugschülern nach Lipezk zu¹⁷².

Weltfriede in Gefahr?

Seit 1926 spitzte sich das britisch-sowjetische Verhältnis zu. Das – von den Trade Unions allerdings abgelehnte – sowjetische Angebot zur Unterstützung des großen englischen Bergarbeiterstreiks von 1926 und die kommunistischen Aktivitäten in China forderten die konservative britische Regierung heraus¹⁷³. Ende Februar 1927 drohte diese der Sowjetunion mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Die Exekutive der SAI warnte, dieser Schritt würde den Weltfrieden gefährden¹⁷⁴. Der *Vorwärts* sprach etwas zurückhaltender von einer Erhöhung der internationalen Spannungen. Deutschland solle in dem Konflikt strikte Neutralität wahren und die verstärkte Kooperation mit Frankreich suchen. Gemeinsam hätten Deutschland und Frankreich die Macht, „den Frieden des Kontinents gegen alle Eventualitäten sicherzustellen“¹⁷⁵. Die *Leipziger Volkszeitung* kritisierte in ihrer ersten Reaktion, daß der *Sozialdemokratische Pressedienst* die englische Note als „sachlich begründete Warnung“ eingestuft hatte. In einem Kommentar wurde die Sorge geäußert, die DNVP

¹⁶⁹ ADAP Serie B, Bd. 4, Nr. 10, S. 19 f.

¹⁷⁰ Die Kampagne endete schließlich mit einem gerichtlichen Nachspiel: Mitte Juni wurde eine Redakteurin einer kommunistischen Zeitung wegen einer Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe beziehungsweise 15 Tagen Haft verurteilt. Sie hatte Franz Künstler wegen seiner Interviews als „Lügen-Künstler“ bezeichnet. Vgl. „Wer hat Angst?“, *Vorwärts* Nr. 284 vom 20. 6. und „Sowjetgranaten vor Gericht“, *Vorwärts* Nr. 288 vom 21. 6. 1927.

¹⁷¹ ADAP, Serie B, Bd. 8: 1. Januar 1928 bis 30. April 1928. Göttingen 1976, Nr. 181, S. 381 f.

¹⁷² ADAP, Serie B, Bd. 9: 1. Mai bis 30. August 1928. Göttingen 1976, Nr. 105, S. 248 f.

¹⁷³ von Rauch, Sowjetunion, S. 233; Handbuch der Geschichte Rußlands, S. 664 f.

¹⁷⁴ Jahrbuch Sozialdemokratie 1927, S. 229–232.

¹⁷⁵ „England an Rußland“, *Vorwärts* Nr. 93 vom 14. 2. 1927.

werde die Bürgerblockregierung auf ein deutsch-englisches Bündnis festlegen¹⁷⁶. Einhellig und entschieden wandte sich die SPD gegen einen derartigen Kurs. Der *Vorwärts* warnte davor, sich „von Chamberlain als Sturmbock gegen Rußland benutzen zu lassen“. Er lehnte aus diesem Grund auch eine vom britischen Außenminister angebotene Vermittlung in deutsch-polnischen Streitigkeiten ab, die er als Maßnahme zur langfristigen Vorbereitung eines antisowjetischen Bündnisses beargwöhnte¹⁷⁷. Rudolf Breitscheid erklärte am 22. März im Reichstag einen militärischen Konflikt für unwahrscheinlich. Aber auch an einem Wirtschaftsboykott werde man sich nicht beteiligen. „Wir werden so wenig Preiswächter Englands wie Vorposten Rußlands sein.“¹⁷⁸.

Mit der Durchsuchung der sowjetischen Handelsvertretung in London verschärfte sich der englisch-russische Konflikt weiter. Allzuviel an belastendem Material scheint dabei nicht gefunden worden zu sein¹⁷⁹. Dennoch brach Großbritannien am 27. Mai 1927 die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab und kündigte den Handelsvertrag. Kanada schloß sich diesem Schritt an¹⁸⁰.

Nicht nur die UdSSR reagierte auf den im britischen Unterhaus mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß stark beunruhigt. Auch der linke SPD-Flügel sah den Weltfrieden in Gefahr¹⁸¹. Der *Vorwärts* dagegen kritisierte auch die sowjetische Seite, die mit „frivolem Leichtsinn“ nur wegen ihrer „Umsturzpropaganda“ die Beziehungen zu England aufs Spiel gesetzt habe. Das Interesse englischer Wirtschaftskreise am Geschäft mit der Sowjetunion und der Widerstand der Labour Party werde jedoch die „Diehards“ daran hindern, den Konflikt mit der Sowjetunion weiterzutreiben¹⁸².

Die SPD verhielt sich in dieser Situation ähnlich wie während des polnisch-sowjetischen Krieges. Sie erklärte, sie werde die Einhaltung der von der Regierung proklamierten deutschen Neutralität sichern. Sie wandte sich zugleich gegen kommunistische Parolen, die zur „Massenmobilisation gegen den Krieg“ aufriefen. Es gebe keine unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens¹⁸³. Als „offenbaren Irrsinn“ bezeichnete der *Vorwärts* einen Aufruf der Komintern, in dem der SPD und der SAI vorgeworfen wurde, englische Kriegspläne gegen die Sowjetunion zu unterstützen, und der sich insbesondere gegen den linken Flügel der Sozialdemokratie wandte¹⁸⁴.

In der Tat wäre eine solche Frontstellung bei tatsächlicher Kriegsgefahr nicht besonders rational gewesen. Auch wenn ein gewisses Mißtrauen gegen die SPD nach der

¹⁷⁶ „England und Rußland. Und wir.“, LVZ Nr. 47 vom 25. 2. 1927; Richard Kleineibst: Hände weg von Sowjet-Rußland“, LVZ Nr. 61 vom 14. 3. 1927.

¹⁷⁷ „Ost- und Westfragen“, Vorwärts Nr. 111 vom 7. 3. 1927.

¹⁷⁸ Verhandlungen Reichstag, Bd. 392, S. 9816–9819 (Zitat S. 9819). Kritisch dazu: „Wanderer zwischen zwei politischen Welten“, LVZ Nr. 69 vom 23. 3. 1927.

¹⁷⁹ Handbuch der Geschichte Rußlands, S. 665; Dyck, Weimar Germany, S. 88. Dagegen meint von Rauch, Sowjetunion, S. 233, die Razzia habe „reichhaltiges Material“ zutage gebracht. Er tendiert jedoch zu einer Überbetonung der Rolle der Komintern, wie auch seine Einschätzung des englischen Bergarbeiterstreiks erkennen läßt.

¹⁸⁰ Von Rauch, Sowjetunion, S. 234.

¹⁸¹ Hugo Saupe: Hände weg von Sowjet-Rußland! Der Weltfrieden in Gefahr, in: LVZ Nr. 121 vom 25. 5. 1927.

¹⁸² „Labour fordert Untersuchung“, Vorwärts Nr. 246 vom 26. 5. 1927.

¹⁸³ „Krieg in Sicht“, Vorwärts Nr. 250 vom 28. 5. 1927. Zur Haltung der deutschen Regierung siehe Dyck, Weimar Germany, S. 87–98.

¹⁸⁴ „Ein Moskauer Aufruf“, Vorwärts Nr. 258 vom 2. 6. 1927.

„Sowjetgranaten“-Kampagne nicht unverständlich ist, so hatte doch die Labour Party, die in dem Aufruf ebenfalls angegriffen wurde, stets eine sowjetfreundliche Haltung gezeigt. Es gibt jedoch starke Hinweise darauf, daß die Sowjetfuhrung an die von ihr beschworene Kriegsgefahr selbst nicht glaubte und sie in erster Linie als ein Mittel zur inneren Integration und zum Kampf gegen die innerparteiliche Opposition einsetzte¹⁸⁵. Offenbar wurde die Kriegsfurcht analog zu ihrer innersowjetischen Instrumentalisierung von der Komintern zur Mobilisierung gegen die Sozialdemokratie eingesetzt. Die Wende zu dem radikalisierten Kurs, der durch das Stichwort „Sozialfaschismus“-Theorie gekennzeichnet ist, deutete sich hier bereits an.

Kriegsfurcht und antisozialdemokratische Propaganda verstärkten sich, als am 7. Juni in Warschau der sowjetische Gesandte P. L. Vojkov von einem monarchistischen russischen Emigranten ermordet wurde. Als die Sowjetunion darauf mit der Erschießung von 20 inhaftierten Monarchisten reagierte, war sich die SPD-Presse einig, daß das die Spannungen nur verschärfte. Unterschiede gab es jedoch in der Bewertung dieser Reaktion. Sprach der *Vorwärts* von „Schreckensherrschaft“ und „Raserei in Moskau“, so wandte sich die *Leipziger Volkszeitung* „nicht grundsätzlich gegen derartige Maßnahmen, wenn sie durch Akte der Notwehr gegeben sind, und wenn sie erforderlich scheinen, um den Vorstoß konterrevolutionarer Bestrebungen abzuwehren“. Ob diese Voraussetzungen in Rußland gegeben seien, vermöge man nicht zu entscheiden, es sei jedoch wahrscheinlich. Die LVZ warnte jedoch vor einer bonapartistischen Entwicklung in Ruland¹⁸⁶. Daß der *Vorwärts* die von kommunistischer Seite behauptete Beteiligung englischer Stellen an dem Attentat auf Vojkov bestritt, trug ihm heftige Angriffe in der sowjetischen Presse ein. Das Organ des Leningrader Sowjet *Krasnaja gazeta* schrieb am 10. Juni: „Die Niedertracht besteht hier darin, daß der internationale Menschewismus [...] die mehrmals auf frischer Tat ertappte weitverzweigte Brandstiftungs-, Spionen- und Morderorganisation deckt [...]“¹⁸⁷

Besorgt wies Rudolf Breitscheid auf die Gefahr hin, daß das innenpolitisch motivierte „Alarmgeschrei“ der kommunistischen Parteien die sowjetische Diplomatie in die Irre führe. Tatsächlich gebe es keinerlei Kriegsabsichten¹⁸⁸. In der Tat griff die Kriegsfurcht Anfang September, wie Botschafter Brockdorff-Rantzau nach Berlin meldete, auch auf „besonnene Regierungsmitglieder“ in Moskau ber¹⁸⁹.

Um so freudiger begrüsste die SPD, daß sich die Sowjetunion an den Vorbereitungsgesprachen für eine allgemeine Abrüstungskonferenz im November 1927 in Genf beteiligte¹⁹⁰. Der Plan für eine allgemeine Abrüstung, den der stellvertretende sowjetische Volkskommissar M. M. Litvinov dort vortrug, stieß bei den deutschen Sozialdemokra-

¹⁸⁵ Heller, Sowjetunion, S. 204; Handbuch der Geschichte Rußlands, S. 666.

¹⁸⁶ „Die Erschieungen in Rußland“, LVZ Nr. 134 vom 11. 6. (Zum zwiespältigen Verhältnis von Vertretern der SPD-Linken zur Todesstrafe siehe auch. „Sozialdemokratie und Todesstrafe“, LVZ Nr. 178 vom 2. 8. 1927, 1. Beilage.); „20 Hinrichtungen in Moskau. Die Schreckensherrschaft beginnt“, Vorwärts Nr. 271 vom 10. 6.; „Zwanzig! Die Geislerschieungen in Moskau“, Vorwärts Nr. 274 vom 11. 6. und „Raserei in Moskau“, Vorwärts Nr. 276 vom 14. 6. 1927.

¹⁸⁷ Zitiert nach „Ein Feldzug gegen den Vorwärts“, RSD Nr. 25 vom 29. 6. 1927.

¹⁸⁸ Rudolf Breitscheid: Das nervöse Rußland, in: Vorwärts Nr. 270 vom 10. 6. 1927.

¹⁸⁹ ADAP, Serie B, Bd. 6: 1. Juli bis 30. September 1927. Göttingen 1974, Nr. 171, S. 391 f.

¹⁹⁰ „Rußland geht nach Genf!“, Vorwärts Nr. 515 vom 31. 10. 1927.

ten auf ein zwiespältiges Echo. Der *Vorwärts* stufte ihn als „propagandistische Demonstration“ ein und wies darauf hin, daß die von Litvinov verlangte vollständige Abrüstung auch die Abschaffung der Gewaltmittel im Inneren bedeute. Das aber laufe auf eine Negation der Diktatur hinaus. Dennoch wurde der Sowjetunion Friedenswille bescheinigt. Wenn die Genfer Konferenz den Frieden zwischen der Sowjetunion und den anderen europäischen Staaten fördere, sei schon etwas gewonnen¹⁹¹.

Sehr kritisch äußerte sich auch Paul Levi zu Litvinovs Abrüstungsplan: „[...] den Ernst dieses Vorschlages konnte jeder ermesen, wer im Stillen die Gegenfrage stellte: und was würde – ohne Armee – aus Rußland werden? Die Zeiten sollen ja vorüber sein, da man von Stalin sagen konnte, daß ‚er sein Haupt konnt‘ ruhig legen jedem Untertan in’n Schoß‘.“¹⁹² Damit allerdings endete Levis Übereinstimmung mit der SPD-Mehrheit auch schon. Denn wenn diese die Beteiligung der Sowjetunion an der Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz als einen Bruch mit der Selbstisolation der weltrevolutionären Phase begrüßte¹⁹³, so sah Levi darin eine Verleugnung marxistischer Grundsätze. Aus seiner Sicht hatte die Sowjetunion mit der Teilnahme an den Genfer Beratungen den Kampf gegen den Kapitalismus, dem die kriegerischen Tendenzen immanent seien, zugunsten bürgerlicher Abrüstungssillusionen aufgegeben¹⁹⁴.

Aber auch für den linken SPD-Flügel war Levis marxistischer Fundamentalismus nicht repräsentativ. So bezeichnete im Januar 1928 in der erst kurz zuvor ins Leben gerufenen zweiten reichsweiten Zeitschrift der SPD-Linken *Der Klassenkampf*¹⁹⁵ F. Petrich die sozialdemokratische Kritik an Litvinovs Genfer Rede als schweren politischen Fehler. Sie fördere das Werk der Abrüstungsaboteure. Stattdessen hätte man Litvinovs Vorschlag, trotz möglicher Zweifel an seiner Ehrlichkeit, beim Wort nehmen sollen¹⁹⁶.

¹⁹¹ „Rußlands Auftreten in Genf“, *Vorwärts* Nr. 566 vom 30. 11. 1927; „Die Waffen nieder!“, *Vorwärts* Nr. 567 vom 1. 12. 1927.

¹⁹² Paul Levi: Die Russen in Genf, in: *SPW* Nr. 49 vom 9. 12. 1927.

¹⁹³ So auch die *LVZ*: „Ein Telegramm Tschitscherins nach Genf“, *LVZ* Nr. 255 vom 1. 11. 1927.

¹⁹⁴ Levi, Die Russen in Genf.

¹⁹⁵ Zur Gründung des „Klassenkampf“ siehe Wolowicz, *Linksopposition*, S. 513 f.

¹⁹⁶ F. Petrich: Zwischen den Fronten und nachträgliche nachdenkliche Betrachtungen, in: *KK* Nr. 1 vom 1. 1. 1928, S. 17–20, hier: S. 19; vgl. auch „Der unbequeme Vorschlag“, *LVZ* Nr. 69 vom 21. 3. 1928.